

sophia-jacoba

Aus dem Inhalt

Zum Jahreswechsel

Mit Befriedigung dürfen wir feststellen, daß das alte Jahr unsere Erwartungen übertroffen hat. Günstigere Flözverhältnisse und besserer Absatz bewirkten ein befriedigendes Ergebnis.

Trotz eingeschränkter Förderung konnte die Untertageleistung je Mann und Schicht im Jahresdurchschnitt um 11,5% gesteigert werden. Gute Verkaufserfolge erlaubten es uns, nicht nur die Produktionsmenge des Jahres 1972 in Höhe von 1,44 Millionen Tonnen voll abzusetzen, sondern auch die Lagerbestände um 41% zu verringern. Besonders günstig entwickelten sich die Produktion und der Absatz von Briketts. Sie konnten 1972 gegenüber dem Vorjahr um 13,34% gesteigert werden. Die Zuwachsrate bei unserem Extrazit-Silber betrug sogar über 30%.

Besonders erfolgreich waren unsere Bemühungen um die Arbeitssicherheit. Die Unfallziffer ging stark zurück, insbesondere bei den mittelschweren, schweren und tödlichen Unfällen.

Die Ergebnisse und Erfolge des vergangenen Jahres stärken unsere Zuversicht und unser Vertrauen in die weitere Entwicklung des Unternehmens.

Wir danken allen Werksangehörigen für ihre gute Mitarbeit im vergangenen Jahr und wünschen ihnen und ihren Familien ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Glückauf!

Der Grubenvorstand

Titelbild	
Porträt eines Belegschaftsmitgliedes aus unserem Untertagebetrieb	
Foto: M. Frank	
	Seite
Zum Jahreswechsel	2
Kohle sichere Energie	3
Aus dem Betriebsgeschehen	8
Dank und Anerkennung unseren Jubilaren	10
Im Scheinwerfer . . .	10
Aus der Arbeit der Ausbildungsabteilung	10
Eine Exkursion in den Harz	11
Hier spricht die Sicherheitsabteilung	12
Wie kann man Kontogebühren sparen?	13
Eine Nachlese in Wort und Bild	14
Chronik der Besuche	14
Wißt Ihr schon, Kameraden . . .	16
Die Belegschaft wurde informiert	17
Die Bundesknappschaft teilt mit	18
Im Terminkalender notiert	18
Ein Urlaub auf Mallorca	19
Herzliche Glückwünsche	19
Familiennachrichten	21
Blick über den Gartenzaun	22
Vorsätze zum neuen Jahr	23

Im Rückblick auf das hinter uns liegende Jahr 1972 erinnern wir uns an einige Ereignisse, die der westdeutschen Arbeitnehmerschaft allgemein und der Belegschaft unseres Unternehmens speziell Verbesserungen und Fortschritte gebracht haben. Das bedeutsamste war wohl das Inkrafttreten des neuen Betriebsverfassungsgesetzes. Dieses Gesetz hat zwar nicht alle Wünsche der Arbeitnehmer erfüllt, doch gegenüber dem bis dahin geltenden Recht wesentliche Verbesserungen der Stellung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb gebracht. Die gesetzliche Regelung über ein Anpassungsgeld hat es über 200 unserer Kollegen erlaubt, ohne soziale Härten vorzeitig in den verdienten Ruhestand zu treten.

Eine Anfang des Jahres wirksam gewordene Betriebsvereinbarung über die freiwilligen Sozialleistungen unseres Unternehmens hatte zwar den Abschied von einigen Einrichtungen, die bei uns fast zur Tradition geworden waren, zur Folge, brachte aber wesentliche Verbesserungen der Leistungen an die aktive Belegschaft mit sich.

Die im Bericht des Vorstandes genannten Zahlen, insbesondere auch die Tatsache, daß für 1973 wieder eine Anhebung der Förderung geplant ist, geben Anlaß zu einem berechtigten Optimismus. Wir sind sicher, daß wir die im Jahre 1973 entstehenden Probleme und Schwierigkeiten im Geist der traditionellen bergmännischen Kameradschaft meistern werden.

Wir wünschen unseren Arbeitskameraden und ihren Angehörigen für das Jahr 1973 viel Glück und Erfolg.

Glückauf!

Im Auftrag des Betriebsrates

1. Vorsitzender

Herausgeber: Gewerkschaft Sophia-Jacoba Steinkohlenbergwerk in Hückelhoven, Bezirk Aachen

Redaktion: Ernst Machnik

Druck und Klischees: Laupenmühlen & Dierichs, Bochum

Nachdruck nur mit Genehmigung der Herausgeber gestattet

Anschrift der Redaktion: 5142 Hückelhoven - Gewerkschaft Sophia-Jacoba - Fernruf 40 81

Fotos: T. Netten 13, W. Schabik 3, M. Frank 1

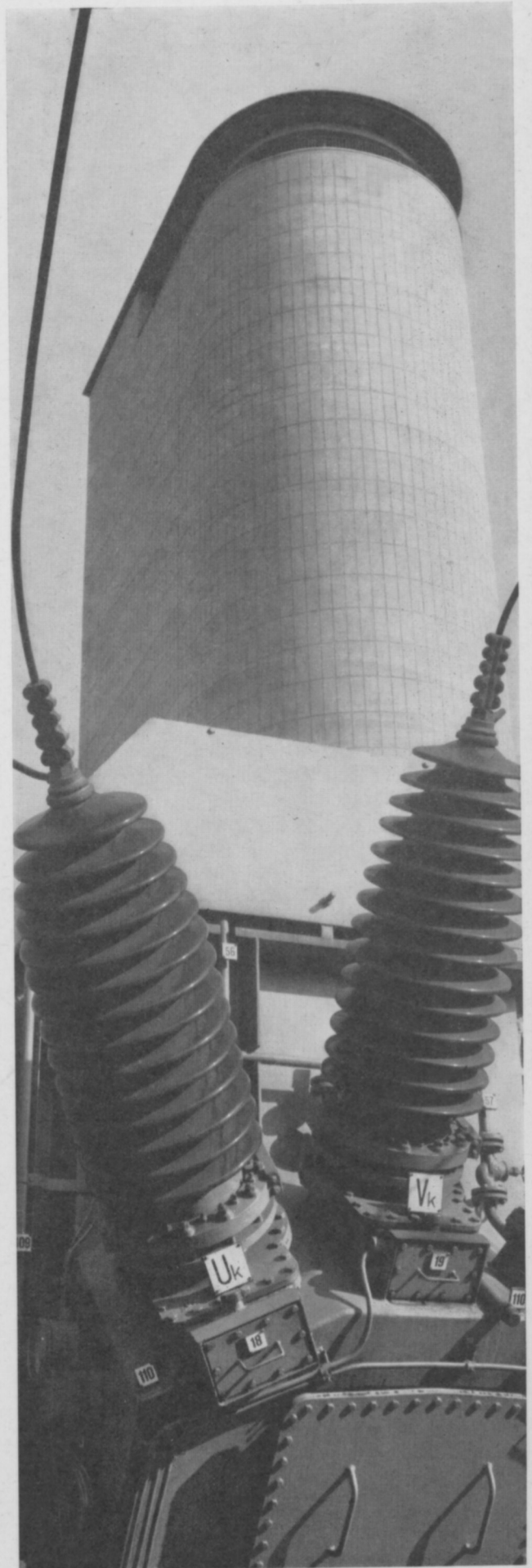
Kohle sichere Energie

In seinem Jahresbericht geht der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus auf die Situation und die Entwicklungstendenzen in der Energiewirtschaft ein. Im Zusammenhang mit dem zur Zeit in der Diskussion stehenden Energiepolitischen Konzept der Bundesregierung erhalten die darin aufgeführten Fakten und Folgerungen eine besondere Aktualität.

Die heutigen Daten vermitteln den Eindruck, daß Energie unverändert reichlich und preisgünstig zur Verfügung steht. Die Konjunkturabschwächung in Westeuropa und Japan und der nur zögernd einsetzende Aufschwung in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1970/71 hatten dämpfende Auswirkungen auf den Energieverbrauch. Die einzelnen Energieträger sind von dieser Entwicklung in den drei großen Verbrauchszentren unterschiedlich betroffen. Kernenergie hat für die Energieversorgung heute praktisch noch keine Bedeutung. Die Entwicklung des Erdgases ist bisher von Schwankungen des Energieverbrauchs unbeeinflußt. Dagegen hatte das Mineralöl als weltweit wichtigster Energieträger im Jahre 1970 den höchsten, 1971 aber den niedrigsten Zuwachs im Verbrauch innerhalb eines Jahrzehnts. Besonders betroffen von konjunkturellen Schwankungen ist die Steinkohle, da sie im Aufschwung zuletzt verstärkt nachgefragt, vom Abschwung dagegen zuerst und am meisten berührt wird.

In scheinbarem Widerspruch zu dieser aktuellen Situation steht die einhellige Meinung der Experten, daß die Sicherung der mittel- und langfristigen Energieversorgung schon jetzt den Einsatz aller Kräfte verlangt. Unabhängig von kurzfristigen Schwankungen wird mit einer starken Zunahme des Weltenergieverbrauchs gerechnet, der gegenwärtig etwas über 7 Mrd. t SKE ausmacht und bis 1985 auf voraussichtlich 15 Mrd. t SKE ansteigen wird. Diese Entwicklung erfordert bereits heute Entscheidungen darüber, wie und insbesondere mit welchen Energieträgern der künftige Energiebedarf gedeckt werden kann und soll.

Die Palette des Energieangebots besteht aus kaum mehr ausbaufähigen, aus beschränkt steigerungsfähigen und aus solchen Energieträgern, die reichlich vorhanden oder in absehbarer Zeit fast unbegrenzt entwicklungsfähig sind. Nur noch wenig ausbaufähig ist die Wasserkraft. Erdgas und besonders Erdöl können ihre Versorgungsbeiträge beträchtlich steigern. Größere zusätzliche Erdgasmengen können allerdings nur aus Gebieten bezogen werden, die – wie Afrika, Naher Osten und Sibirien – immer weiter von den Verbrauchszentren entfernt sind und deren Erschließung einschließlich des Transports erhebliche Mehraufwendungen voraussetzt. Dagegen sind Steinkohle und Kernenergie Energieträger, die eine große mengenmäßige Expansion zur Deckung des künftigen Energiebedarfs ermöglichen. Aber auch dazu, insbe-



sondere zur weiteren Entwicklung der Kernenergie, sind größte Anstrengungen erforderlich.

Der Energiebedarf wird sich in der Europäischen Gemeinschaft von heute 860 Mill. t SKE bis 1985 auf etwa 1,8 Mrd. t SKE ausweiten; davon sollen mehr als 1 Mrd. t SKE durch importiertes Mineralöl gedeckt werden. In Japan wird der Energieverbrauch des Jahres 1985 auf 1,3 Mrd. t SKE geschätzt; etwa 900 Mill. t SKE müssen als Mineralöl eingeführt werden. Der Energieverbrauch der Vereinigten Staaten wird nach neuesten Schätzungen im Jahr 1985 etwa 4,5 Mrd. t SKE erreichen, wovon 30–40% importiert werden müssen, und zwar ebenfalls überwiegend als Mineralöl.

Die erdölproduzierenden Länder haben diese Tendenz erkannt – insbesondere die in der Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) zusammengeschlossenen Staaten, die über etwa 80% der nachgewiesenen Welterdölvorräte außerhalb Nordamerikas und des Ostblocks verfügen. Sie zeigten mit den Abkommen von Teheran und Tripolis (1971) sowie von Genf (1972), in denen sie höhere Rohölpreise und Fördersteuern durchsetzten, daß sie sich der zunehmenden Stärke ihrer Position bewußt sind. Zur Zeit verhandeln sie mit den Ölkonzernen über Beteiligungen an den Gesellschaften, die die Ölkonzessionen innehaben. Einige dieser Gesellschaften wurden auch verstaatlicht. Neben diesen zu steigenden Ölpreisen führenden Maßnahmen wünschen wichtige OPEC-Länder, die Ölproduktion durch Förderprogramme zu strecken und damit das Angebot zu verknappen.

Zu den strukturellen Verschiebungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Welterdölmarkt kommt die Tatsache, daß der Aufschluß neuer Vorkommen und die Erstellung weiterer Transport-, Verarbeitungs- und Lagerkapazitäten riesige Investitionen verlangen, die bis 1980 auf 1600 Mrd. DM veranschlagt werden und nur durch erhöhte Erträge und verstärkte Inanspruchnahme von Fremdkapital zu finanzieren sind. Auch in den übrigen Bereichen der Energiewirtschaft – so in der Elektrizitätswirtschaft und hier besonders bei der Kernenergie – bedarf es hoher Investitionen in bisher ungewohnten Größenordnungen.

Bei der internationalen Verflechtung der Energiemärkte wirken sich wesentliche Vorgänge in einem großen Verbrauchszentrum unmittelbar auf andere Energiemärkte aus. Die Vereinigten Staaten haben seit 1955 durch freiwillige Einfuhrbeschränkungen, seit 1959 durch eine Regierungsverordnung aus Gründen der nationalen Sicherheit die Öleinfuhren eng begrenzt. Damit wurde erreicht, daß der Ölverbrauch zum größten Teil aus inländischer Förderung gedeckt wurde. Die Förderkosten sind in den Vereinigten Staaten 14mal höher als im Nahen Osten. Mindestens erhebliche Teile des amerikanischen Mineralölbedarfs wären ebenfalls aus dieser Region gedeckt worden,

wenn die Vereinigten Staaten eine ähnliche Mineralölpolitik wie die Bundesrepublik und die meisten anderen Staaten Westeuropas betrieben hätten. Die Mineralölpreise hätten sich dann den internationalen Marktverhältnissen entsprechend eingespielt. Die gegenläufigen Regelungen der Öleinfuhr in den beiden großen Verbrauchsgebieten haben die Steinkohle in Westeuropa einem extremen Substitutionswettbewerb ausgesetzt, der hier eine weitgehende Rücknahme der Kohlenförderung erzwang.

Die neuen Perspektiven lassen einen grundlegenden Wandel der bisherigen Situation erwarten. Der Akzent wird nicht mehr auf dem Substitutionswettbewerb, sondern darauf liegen, daß die verschiedenen Energieträger als Komplementärprodukte den Gesamtenergiebedarf decken. Eine Bestandsaufnahme führte zu dem Ergebnis, daß die Vereinigten Staaten aus eigenen Energiequellen, aus denen sie in der Vergangenheit ihre Energieversorgung fast ganz bestritten haben, im Jahr 1985 nur noch 60% des gesamten Verbrauchs von etwa 4,5 Mrd. t SKE decken können.

Dafür stehen neben der Wasserkraft zur Verfügung:

Kernenergie	17%
Erdöl, einschließlich Alaska	18%
Erdgas, einschließlich Alaska	12%
Kohle bei heutiger Förderhöhe	11%

Eine Importabhängigkeit der amerikanischen Energieversorgung von 40%, wie sie sich hiernach ergäbe, erklärten die Repräsentanten der Regierung und der beteiligten Wirtschaft gleichermaßen für nicht vertretbar, und zwar

wegen der Sicherheit der Energieversorgung als Voraussetzung für den wachsenden Lebensstandard und die Erhaltung der politischen Entscheidungsfreiheit,

aber auch wegen der Belastung der Zahlungsbilanz, die bei Energieimporten von 40% des Verbrauchs 1985 etwa 30 Mrd. US-Dollar ausmachen würde.

Daraus wurde einhellig die Folgerung gezogen, die derzeitige amerikanische Kohlenförderung von etwas über 500 Mill. t/a mit äußersten Anstrengungen bis zum Jahr 1985 auf rd. 1 Mrd. t, also auf das Doppelte zu steigern. Aber auch danach würde der Importbedarf der Vereinigten Staaten an Mineralöl im Jahr 1985 30% des Gesamtenergiebedarfs, also annähernd 1,4 Mrd. t SKE ausmachen. Für Westeuropa bedeutet das:

Die frühere Situation, in der das nahöstliche und nordafrikanische Öl auch zu dem Teil, der ohne die Einfuhrrestriktionen der Vereinigten Staaten vom dortigen Markt aufgenommen worden wäre, nach Westeuropa und besonders in die Bundesrepublik strömte, kehrt sich um. Die Vereinigten Staaten werden künftig mit einer bedeutenden und zunehmenden Nachfrage am internationalen Ölmarkt auftreten. Angesichts der Verteilung der Welterdölvorräte muß dies zu einer verstärkten Käuferkonkurrenz mit Westeuropa und

Japan um Öl aus dem Nahen Osten und Nordafrika führen, zu der außerdem Nachfrage aus dem Ostblock hinzukommt.

Westeuropa war bisher nicht nur reichlich aus diesen Ölquellen versorgt, sondern konnte bei einer Störung der Zufuhren auch Öllieferungen aus Amerika erwarten. Die schon vor einiger Zeit von der Regierung der Vereinigten Staaten im Rahmen der OECD abgegebene Erklärung, daß mit solchen Öllieferungen im Ernstfall ab 1975 nicht mehr gerechnet werden kann, hat Westeuropa diesen Schutzschild entzogen.

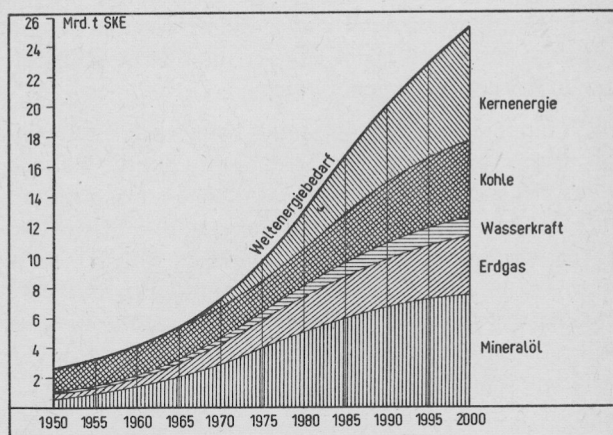
Der Berater des amerikanischen Präsidenten Nixon, Peter Flanigan, hat diese Entwicklung mit den Worten kommentiert: „Ich kann nicht verstehen, wie die Verantwortlichen in Japan und Westeuropa sich so sorglos fühlen können, da ihre Wirtschaften in hohem Maße von diesem Öl abhängig sind.“

Für die deutsche Steinkohle hat sich die Absatzlage innerhalb kurzer Zeit durchgreifend verändert. Die konjunkturelle Anpassung führte 1969/70 zu einer Situation, in der nicht nur die laufende Kohlenförderung abgesetzt, sondern auch hohe Lagerbestände fast vollständig abgebaut wurden und sich trotzdem Versorgungsengpässe zeigten. 1971 trat dagegen ein Absatzeinbruch von 12 Mill. t gegenüber dem Vorjahr ein, der größte prozentuale Rückgang seit Beginn der sogenannten Kohlenkrise. Dieser Absatzzrückgang war ganz überwiegend konjunkturell und durch milde Temperaturen bedingt. Die wichtigste Ursache war das Konjunkturtief der Eisenschaffenden Industrie in der Bundesrepublik und der übrigen Gemeinschaft, auf die inzwischen rd. 40% des Gesamtabsatzes entfallen. Hinzu kamen strukturelle Absatzverluste, insbesondere beim Hausbrand.

Die seit langem angespannte Ertragslage der Bergbauunternehmen ist seit 1970 zusätzlich durch Faktoren beeinflusst, die nicht bergbauspezifisch sind, sondern sich auch in anderen großen Bereichen der deutschen Wirtschaft auswirken, nämlich durch die Konjunkturabschwächung, durch den weiteren inflationären Anstieg von Löhnen und Preisen und durch währungspolitische Maßnahmen:

Die konjunkturbedingten Absatzeinbußen führten zu einem starken Anstieg der Haldenbestände an Kohle und Koks, die Mitte September 1972 15,1 Mill. t betragen und sowohl die Liquidität als auch die Ergebnisse der Bergbauunternehmen schwer belasten.

Die inflationäre Kostenentwicklung wirkte sich auf den Bergbau besonders stark aus, vor allem wegen seiner hohen Lohnintensität, seiner hohen, durch Lohn- und Preisindices dynamisierten Versorgungslasten und seiner hohen Bergschädenverpflichtungen, die einer Dynamisierung durch den Baukostenindex unterliegen. Da diese Kostensteigerungen erheblich über die möglichen Produktivitätsfortschritte hinausgingen, waren die Bergbauunternehmen gezwungen, die Kohlenpreise entsprechend zu erhöhen.



Weltenergiebedarf 1950–2000

Darüber hinaus hat die Währungsänderung der DM gegenüber dem US-Dollar die Wettbewerbsposition der deutschen Steinkohle einschneidend verschlechtert. Hiervon ist annähernd die Hälfte des Absatzes betroffen, nämlich die gesamte Ausfuhr und diejenigen Inlandslieferungen, deren Preise sich am sogenannten Wettbewerbspreis für Drittlandskohle orientieren, da in beiden Bereichen der Konkurrenzpreis der US-Kohle maßgeblich ist. Die letzte Währungsänderung zwischen DM und US-Dollar von 13,6% wirkt sich hier voll aus und ergibt zusammen mit der DM-Aufwertung von 1969 eine Wettbewerbsverschlechterung um annähernd 25% innerhalb von rund zwei Jahren.

Im Hinblick auf den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt ist es von praktischem Interesse, daß sich die Wettbewerbspositionen der deutschen Steinkohle auch gegenüber der britischen Kohle durch die Währungsänderungen zwischen DM und britischem Pfund seit 1971 bis Mitte September 1972 um knapp 13% und seit der Pfund-Abwertung von 1967 sogar um fast 44% verschlechtert hat.

Vergegenwärtigt man sich, daß bis heute ebenso viele Jahre seit dem Ende des letzten Weltkrieges vergangen sind, wie bis zum Jahre 2000 noch vor uns liegen, so erscheint es weniger vermessen, einen Blick in diese weitere Zukunft zu werfen.

Der Weltenergieverbrauch kann um die Jahrhundertwende bei etwa 25 Mrd. t SKE liegen. Nähern sich die Entwicklungsländer dem Energieverbrauch der industrialisierten Länder, so würde diese Marke sogar noch wesentlich überschritten. Die UN-Wirtschaftskommission für Europa schätzt in einer Studie, daß im Jahr 2000 87% der Weltölvorräte und 73% der Welterdgasvorräte, dagegen nur 2% der Weltkohlenvorräte verbraucht sein werden. Aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß die Energieversorgung langfristig im wesentlichen von zwei Energieträgern getragen werden muß, nämlich von der Kernenergie und der Steinkohle. Dabei zeichnet sich ein Zusammenwirken dieser beiden Energieträger ab.

Beim Energieverbrauch der Zukunft werden Strom und Gas dominieren. Im Bereich des Stroms ist folgende Rechnung aufschlußreich:

Nach einer bekannten Faustregel verdoppelt sich unser Stromverbrauch etwa alle zehn Jahre. Danach wäre im Jahr 2000 mit dem achtfachen Strombedarf von 1970 zu rechnen. Bisher war der Bedarfsanstieg etwas stärker; bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird er infolge zunehmender Sättigung vielleicht etwas schwächer sein. Alternativ sei daher für das Jahr 2000 nur das Sechsfache des Strombedarfs von 1970 angenommen.

Die meisten Schätzungen gehen dahin, daß die Kernenergie im Jahr 2000 zwei Drittel des Strombedarfs in der Bundesrepublik deckt. Optimistischere Schätzungen erwarten mehr, nämlich etwa drei Viertel. Der Bundesforschungsbericht IV (1972) schätzt die Kapazität der Kernkraftwerke im Jahr 2000 auf 50% der gesamten Kraftwerkskapazität in der Bundesrepublik; das bedeutet unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Beschäftigung der Kernkraftwerke und der konventionellen Kraftwerke einen Anteil der Kernenergie an der Gesamtstromerzeugung zwischen zwei Dritteln und drei Vierteln. Je nachdem wird also ein Viertel bis ein Drittel des Strombedarfs auch im Jahr 2000 von konventionellen Energieträgern zu decken sein.

Die Folgerung aus beiden Werten ist leicht zu ziehen: Ein Drittel des Achtfachen ist das 2,7fache, ein Viertel des Sechsfachen ist das 1,5fache. Auch bei maximaler Entwicklung der Kernenergie, wie sie nach heutiger Erkenntnis erwartet werden kann, muß daher im Jahre 2000 mindestens das Eineinhalbfache, möglicherweise aber mehr als das Zweieinhalbfache des heutigen Gesamtverbrauchs an elektrischem Strom auf der Basis anderer Energieträger als Kernenergie, also von den konventionellen Energieträgern, gedeckt werden. Die Darbietung von Braunkohle und Wasserkraft ist über den 1980 erreichten Stand nicht nennenswert auszudehnen. Auch der Einsatz des Erdgases in Kraftwerken kann, wenn überhaupt, über 1980 hinaus nur begrenzt zunehmen. Der verbleibende Strombedarf kann daher nur durch Steinkohle – und Heizöl, soweit es dann noch hierfür verfügbar wäre – gedeckt werden.

Auf dem Gassektor wird das Erdgas infolge allmählicher Erschöpfung der Lagerstätten dem steigenden Bedarf auf lange Sicht immer weniger nachkommen können. Nach einer Studie, die kürzlich im Auftrag des Bundeswissenschaftsministeriums erarbeitet worden ist, werden neue Technologien es um die Jahrtausendwende ermöglichen, Wasserstoff und Synthesegas durch Umwandlung von Steinkohle mit Hilfe nuklearer Prozeßwärme herzustellen. Darüber, in welchem Zeitpunkt und Umfang die Steinkohle zu diesem Prozeß herangezogen werden muß, sind die Meinungen noch verschieden. Wenn diese Vorausschau der Experten zutrifft, wird die Steinkohle auch hier im Zusammenwirken mit der Kernenergie wieder einen

großen und wachsenden Einsatzbereich finden. Steinkohlegas als Nachfolger des Erdgases ist keine Utopie mehr.

Energiepolitische Folgerungen

Die aufgezeigten Tatsachen und Entwicklungen auf allen Energiemärkten der Welt machen deutlich, daß die rechtzeitige und sichere Verfügbarkeit der notwendigen Energie für die Industrienationen in näherer Zukunft absoluten Vorrang hat. Die Frage, ob und wie die Deckung des stark wachsenden Energiebedarfs möglich ist, steht im Vordergrund aller Überlegungen und Planungen in diesen Staaten. Angesehene Experten bezweifeln, ob die Energiequellen der Welt die Deckung des langfristigen Energiebedarfs überhaupt zulassen. Nach überwiegender Meinung darf man aber darauf vertrauen, daß es geologisch und technisch möglich ist, den Energiebedarf der Welt auf absehbare Zeit zu decken, wenn alle hierfür bestehenden Chancen genutzt und insbesondere die folgenden beiden Voraussetzungen erfüllt werden:

Die Erschließung der verfügbaren Energiequellen, die Steigerung ihrer Produktion, der Transport und die Verarbeitung der Rohenergien erfordern Investitionen in einem Umfang, der über alle bisherigen Vorstellungen weit hinausgeht. Die Finanzierung dieser Investitionen kann letztlich nur über die Preise erfolgen; nur eine rentierliche Energieversorgung ist auf die Dauer sicher. Die Energieversorgung muß daher teurer werden.

Die Energieversorgung darf nicht durch politische Störungen unterbrochen oder behindert werden. Das gilt besonders für die Produktion und den Transport des Mineralöls, da dieses heute annähernd 50% des Weltenergiebedarfs deckt, zum überwiegenden Teil weit entfernt von den großen Verbraucherzentren gefördert wird und die Fördergebiete überwiegend in der politisch wenig stabilen Region des Nahen Ostens und Nordafrikas liegen.

So deutlich diese Tatsachen und Entwicklungen sind, so zwingend sind die Folgerungen daraus für die Energiepolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft:

Alle heute und in Zukunft verfügbaren Energieträger müssen optimal entwickelt und die Bezugsquellen möglichst breit gestreut werden. Dabei verdienen diejenigen Energieträger Priorität, die die relativ größte Sicherheit bieten, weil sie entweder – wie Steinkohle, Braunkohle und Erdgas – im Inland vorhanden sind oder – wie Uran zur Erzeugung von Kernenergie – in einer für einen längeren Zeitraum ausreichenden Menge gelagert werden können.

Es muß alles geschehen, um die rechtzeitige Durchführung und insbesondere die Finanzierung der notwendigen energiewirtschaftlichen Investitionen zu ermöglichen. Die Unternehmen der Energiewirtschaft müssen daher die Möglichkeit haben, für ihre Kosten

einschließlich des durch die weiteren umfangreichen Investitionen bedingten Aufwands mindestens Dekung in den Erlösen zu finden. Daß in der Bundesrepublik sowohl am Mineralöl als auch an der Steinkohle laufend Geld verloren wird, stellt eine Gefahr für die ganze Volkswirtschaft dar. Gerade auch unter energiepolitischen Gesichtspunkten muß man sich deshalb auf ein wesentlich höheres Energiepreinsniveau als in der Vergangenheit einstellen. Das selbstverständlich fortbestehende Ziel, die Energiepreise so niedrig wie möglich zu halten, darf nicht die vorrangige Sicherheit der Energieversorgung beeinträchtigen.

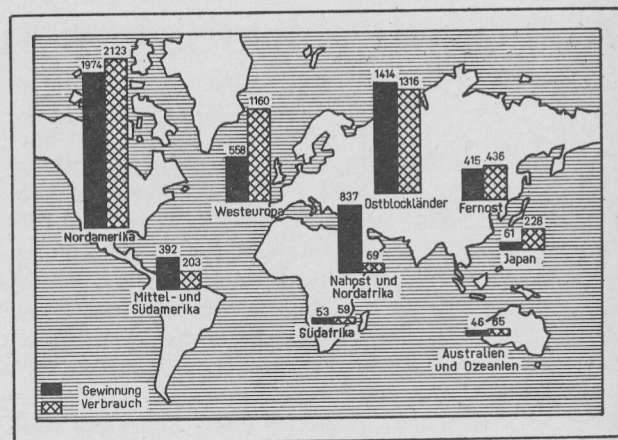
Durch eine Energiepolitik, die diese beiden Folgerungen entschlossen zieht, wird zugleich der Gefahr von politischen Störungen der Energieversorgung am wirksamsten vorgebeugt und begegnet. Denn je größer der gesicherte Teil der Energieversorgung, desto geringer ist die Gefahr, daß der verbleibende Teil durch politische Aktionen in Frage gestellt wird.

Die hiernach notwendigen energiepolitischen Maßnahmen dulden keinen weiteren Aufschub. Gelegentliche Äußerungen energiepolitischer Stellen, wonach wichtige Weichenstellungen bis zur Mitte der 70er Jahre vertagt und „Optionen“ nach dieser oder jener Richtung bis dahin offengehalten werden könnten, sind schwer verständlich. Die Analyse der energiewirtschaftlichen Lage und das Urteil über die wesentlichen Entwicklungstrends waren selten so einhellig wie heute. Unbegründetes Zuwarten würde nur Zeit kosten, die zur rechtzeitigen Vorsorge dringend notwendig ist.

Jedes Konzept zur längerfristigen Konsolidierung des Steinkohlenbergbaus, das diesen Namen verdient, muß, wie die jüngsten Erfahrungen unterstreichen, auf folgende Schwerpunkte ausgerichtet sein: Gemeinsame Planung der weiteren Entwicklung der Steinkohlenförderung unter energiepolitischen, betriebswirtschaftlichen, sozialen und regionalen Gesichtspunkten.

Stabilisierung des Absatzes dieser Kohlenförderung, und zwar mindestens für einen Zeitraum, der für eine wirtschaftlich optimale Anpassung an das vorgesehene Förderniveau ausreichend ist. Dazu gehört es, die Kosten der Kohlenförderung durch äußerste Anstrengung der Unternehmen und durch ergänzende Maßnahmen der öffentlichen Hand zu minimieren und die so minimierten Kosten möglichst durch die Erlöse und, soweit und solange dies nicht erreichbar ist, durch Beihilfen zu decken.

Anlegung einer Kohlenreserve der öffentlichen Hand, die verhindert, daß die Stabilisierung der Kohlenförderung und ihres Absatzes durch konjunkturelle Absatzeinbrüche oder durch einen zeitweisen Überhang der laufenden Förderung über die strukturelle Absatzentwicklung unterlaufen wird. Die Kohlenreserve ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur allgemeinen Energiereserve der Volkswirtschaft.



Produktions- und Verbrauchszentren von Primärenergie in der Welt

Um über die optimale Entwicklung der weiteren Steinkohlenförderung Klarheit zu schaffen, müssen folgende Fragen beantwortet werden:

Welchen Beitrag zur Energieversorgung soll die deutsche Steinkohle künftig aus energiepolitischen Gründen leisten? Dabei handelt es sich vor allem um die Versorgung der Eisenschaffenden Industrie mit Koks- und Koks- und um den Beitrag der Steinkohle zur Stromerzeugung, aber auch um ihren Beitrag zur Hausbrandversorgung.

Welches Niveau der Kohlenförderung ist nach betriebswirtschaftlichen Kriterien optimal? Dafür ist die voraussichtliche Entwicklung der Produktionskosten und der erzielbaren Erlöse entscheidend. Besonders bedeutsam ist dabei die inzwischen wohl allgemeine Einsicht, daß bei weiter schrumpfender Förderung die von den verbleibenden Schachtanlagen zu tragenden Lasten relativ und absolut ansteigen, so daß ein „Gesundenschrumpfen“ ausgeschlossen ist.

Soweit sich aus diesen Gesichtspunkten eine weitere Förderanpassung nach unten ergeben sollte: In welchem Umfang sind die dazu erforderlichen Stilllegungen von Schachtanlagen politisch durchsetzbar und daher realistisch? Dafür sind insbesondere ihre sozialen und regionalwirtschaftlichen Auswirkungen wesentlich.

Keine dieser Fragen kann unbeantwortet bleiben oder zurückgestellt werden. Es hat keinen Zweck, das geplante Förderniveau höher anzusetzen als den Absatz, den man durch wirksame Maßnahmen so lange wie nötig zu stabilisieren entschlossen ist. Ebenso zwecklos ist es, auf eine Fördersenkung abzielen, die von den zur Wahrnehmung der sozialen und regionalwirtschaftlichen Belange berufenen Stellen nicht zugelassen wird und deshalb nicht durchsetzbar ist. Es führt auch nicht weiter, wenn einzelne Beteiligte andere auffordern, mit ihren Aussagen zu diesem kritischen Thema voranzugehen oder eigene Stellungnahmen nur unter Vorbehalten abzugeben. Die Lage verlangt, daß alle Beteiligten im vollen Bewußtsein der damit verbundenen Probleme und Konsequenzen gemeinsam zu einer klaren Entscheidung gelangen.

Aus dem Betriebsgeschehen

Das 4. Quartal des Jahres 1972 brachte eine mittlere Tagesförderung von 5998 t vF, an der die Monate Oktober mit 5994, November mit 6099 und der Dezember mit 5895 t vF beteiligt waren. Die Jahresförderung der Anlage betrug 1 444 795 t vF und lag damit um $247\,586\text{ t vF} = 14,63\%$ unter der Förderung des Vorjahres. Die zu Jahresbeginn eingeplante Fördermenge von 1,3 Mio. t vF konnte jedoch um 11% überschritten werden, da sich der Absatz unserer Produkte wesentlich günstiger entwickelte, als nach den Erfahrungen des Jahres 1971 angenommen werden mußte. Trotz der gegenüber dem Plan erbrachten Mehrförderung von ca. 145 000 t vF konnten unsere Lagerbestände bis zum Jahresende um 41% abgebaut werden.

Die Leistung des Grubenbetriebes unter Tage lag auch in den letzten 3 Monaten des Jahres bei im Mittel 3,48 t vF/MS erfreulich hoch, so daß im Jahresdurchschnitt mit 3388 kg vF/MS gegenüber dem Jahr 1971 ein Anstieg um 11,48% erzielt werden konnte. Obwohl die Schichtleistung in t vF/MS infolge des mit ca. 80% sehr hohen Anteils der bezahlten Schichten an den Gesamtfehlschichten als Kennziffer für die Wirtschaftlichkeit des Werkes an Aussagekraft verloren hat, ist sie jedoch noch immer ein Maß für die technische Entwicklung und Leistungsfähigkeit des Betriebes. Gerade unter diesen Gesichtspunkten verdient der in 1972 erreichte Leistungsanstieg besondere Beachtung, da er in einem Jahr erbracht werden konnte, in dem die Förderung um nahezu 15% zurückgenommen worden ist.

Der Anteil der Abgänge an der Bruttoförderung lag in allen drei Monaten mit 35,83, 38,20 bzw. 39,59% günstiger als im Mittel der ersten drei Quartale dieses Jahres. Der Jahresdurchschnitt betrug 41,23% und blieb damit in der Größenordnung des Vorjahres (40,96%).

Von der Sicherheitsabteilung wurden für die Gesamtanlage im September 77,58, im Oktober 53,04 und im November 78,01 Unfälle je 100 000 verfahrene Schichten ausgewiesen. Für die Unfallziffer des Jahres 1972 ergibt sich damit ein weiterer Rückgang gegenüber den Vorjahren. Diese günstige Entwicklung sollte für alle ein Ansporn sein, auch in Zukunft der Sicherheit unserer Arbeitsplätze besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Abbaureviere

Der Hydraulikhobelstreb Flöz Merl-Nebenbank Revier 1 erreichte Anfang Oktober in der Kopfstrecke die Umfahrung der 1. Abteilung und wurde gestundet, da der Streb um 40 m eingekürzt werden mußte. Der planmäßige Abbau ist Mitte November wieder aufgenommen worden. In diesem Monat überschritt die durchschnittliche Tagesförderung des Reviers mit 1083 t vF erstmalig 1000 t, da die mittlere Kohlenmächtigkeit, die im Anlaufmonat noch 53 cm betragen

hatte, auf 83 cm angewachsen war. Die Gesamtmächtigkeit betrug im Durchschnitt 129 cm. Die zwischen dem Flöz und einem Kohlenriffel im Hangenden liegenden Dachsichten konnten auch in diesem Teil des Baufeldes nicht angebaut werden und wurden planmäßig mit hereingewonnen. Die Revierleistung betrug 9997 kg vF/MS.

In Flöz Rauschenwerk wurde im Oktober und November westlich der 1. Abteilung 2. Sohle durch das Hobelrevier 2 ein Restpfeiler abgebaut. Die Bauhöhe war durch die Diagonale 2112 und 2113 aufgeschlossen worden und hatte einen Kohlenvorrat von ca. 30 000 t vF. Der Streb war mit Schreitausbau der Firma Westfalia Lünen ausgerüstet. Der Abbau wurde im Rückbau von Osten nach Westen geführt und war nach 29 Tagen beendet. Die Gesamtförderung des Revieres betrug 29 387 t vF, der mittlere Abbaufortschritt 7,03 m/Tag und die durchschnittliche Tagesförderung 1013 t vF. Das Revier erreichte mit 67,54 bzw. 61,72% zwar hohe Ausnutzungsgrade der Hobelanlage, lag jedoch in der Hobelschnittleistung mit 1,65 bzw. 1,82 m²/min Hobellaufzeit weit unter dem Durchschnitt der Anlage. Leistungsbehindernd wirkten sich Abschnitte mit geringen Kohlenmächtigkeiten aus, in denen das Hangende planmäßig angeschnitten werden mußte. Außerdem wurde im Auslaufmonat der Streb in der Förderstrecke stark vorgeedrückt, so daß hier mit 118 m 46 m mehr abgedrückt worden sind als in der Kopfstrecke. Die Revierleistung betrug im Mittel der Laufzeit 9551 kg vF/MS.

Im Hydraulikhobelstreb Flöz Rauschenwerk Revier 7, der im Anlaufmonat im Tagesmittel 862 t vF gefördert hatte, stieg die durchschnittliche Tagesförderung im Oktober auf 962 t vF an. Im November ergaben sich neben den Nachfallzonen an den Streckensäumen, die während des gesamten bisherigen Abbaus aufgetreten sind, zusätzliche Schwierigkeiten in einem Abschnitt mit gebrächen Dachsichten im oberen Strebdrittel und durch schwankende Kohlenmächtigkeiten, die stellenweise bis auf 38 cm zurückgingen. In den geringmächtigen Flözpartien wurde die erforderliche Streböffnung durch Liegendeinschnitt oder Hangendnachriß gewonnen. Zusätzlichen Schichtaufwand erforderte das starke Quellen der Streckensohlen in beiden Begleitstrecken. Insbesondere die Förderstrecke mußte bis zu 1,2 m tief durchgesenkt werden. Trotz aller Behinderungen erreichte die mittlere Tagesförderung im November 901 t vF. Der durchschnittliche Abbaufortschritt betrug im Oktober 6,45 und im November 6,41 m/Tag, die Revierleistung 7824 bzw. 6864 kg vF/MS.

Der Hydraulikhobelstreb Flöz Rauschenwerk Revier 15 war weiterhin überwiegend nur in einer Gewinnungsschicht belegt. Die mittlere Tagesförderung des Revieres fiel gegenüber den Vormonaten leicht ab. Sie erreichte im Oktober 970 und im November 951 t vF. Behinderung des Betriebsablaufs ergaben sich durch eine Zone mit verwulsteten Hangendschichten unterhalb des Hilfsantriebes, durch abschnittsweise auf-

tretenden Hangendnachfall und stellenweise geringe Flözmächtigkeiten. Die in den Nachfallbereichen klotzig hereinbrechenden Dachschieben führten durch Blockieren der Fördermittel häufig zu Förderstörungen. Die Leistung des Reviers sank von 18 164 kg vF/MS im September auf 16 743 kg vF/MS im Oktober und 13 463 kg vF/MS im November ab.

Der im August gestundete Hydraulikhobelstreb Flöz Gr.-Athwerk Revier 19 stand weiterhin als Reservestreb zur Verfügung. Im Oktober wurden in sechs Verhiebschichten insgesamt 2208 t vF mit einer Revierleistung von 9642 kg vF/MS gefördert.

Der Hydraulikhobelstreb Flöz Rauschenwerk Revier 25 erreichte Mitte September mit ca. 149 m seine volle Streblänge, konnte jedoch im Oktober mit 755 und im November mit 705 t vF die Förderung des Vormonats nicht mehr erbringen.

Schwierigkeiten ergaben sich allein aus den ungünstigen Lagerungsverhältnissen heraus. Während das Einfallen in Fördereinrichtung auf mehr als 30° anwuchs, verstärkte sich die Querneigung in Abbaurichtung auf ca. 20°. Gewinnungs- und fördertechnische Probleme brachte außerdem eine spitze Spezialmulde in der unteren Strebhälfte. Abschnittsweise auftretende keilartige Hangendausbrüche und aus dem Bruchfeld nachschiebende Versatzberge behinderten die Ausbauarbeiten. Die Leistung des Reviers betrug im Oktober 7665 und im November 8401 kg vF/MS.

Der Hydraulikhobelstreb Flöz Rauschenwerk Revier 27 war durchgehend mit nur einer Gewinnungsschicht belegt. Bei störungsfreier Lagerung und einer mittleren Kohlenmächtigkeit von 88 cm brachte das Revier bereits im 4. aufeinanderfolgenden Monat eine Förderung von mehr als 1000 t vF/Gewinnungsschicht. Nach den Auswertungen der Grubenwarte wurden im Oktober und November mit 3,87 bzw. 3,73 m²/min Hobellaufzeit besonders gute Schnittleistungen erzielt und mit ca. 62% auch hohe Hobelausnutzungsgrade erreicht. Die mittlere Tagesförderung betrug im Oktober 1083 und im November 1020 t vF, die Revierleistung 16 571 bzw. 15 841 kg vF/MS.

Mitte November erreichte mit dem Hydraulikhobelstreb Flöz Rauschenwerk Revier 28 der erste Streb des „Wassenberger Drilling“ seine Baugrenze und wurde ausgebaut. Das Revier hat in 204 Arbeitstagen 252 000 t vF gefördert. Die mittlere Tagesförderung betrug bei einem durchschnittlichen Abbaufortschritt von 4,69 m/Tag 1235 t vF, die Revierleistung 13 084 kg vF/MS. Das beste Betriebsergebnis wurde – bei im Mittel 2,33 Gewinnungsschichten/Tag – im Monat März mit durchschnittlich 1937 t vF, einem mittleren täglichen Abbaufortschritt von 7,28 m und einer Revierleistung von 18 500 kg vF/MS erbracht. Nach dem Einstellen des Abbaus in Revier 28 wurde der Hobelstreb Flöz Rauschenwerk Revier 29 neu in Verhieb genommen. Die Bauhöhe schließt sich nördlich an den Abbau von Revier 28 an und hat bei einer streichenden Baulänge von 1050 m einen Kohlenvorrat von ca. 248 000 t vF. Der Streb ist mit hydraulischen Ausbaustellen der Firma Westfalia ausgerüstet und ist über die Diagonale 4305 und 4306 abgeschlossen worden. Der Abbau wird bei aufgefahre-

nen Begleitstrecken von Westen nach Osten geführt. Im Anlaufmonat betrug die mittlere Tagesförderung des Revieres bei durchschnittlich 1,9 Gewinnungsschichten/Tag 890 t vF, der Abbaufortschritt 2,74 m im Tagesmittel. Leistungsmindernd wirkten sich zwei Störungen mit Verwurfshöhen von 0,25 bzw. 1,5 m und abschnittsweise am Hangenden angebrannte Kohle aus.

Aus- und Vorrichtung

Von den Aus- und Vorrichtungsrevieren wurden aufgefahren:

	Oktober 1972 m	November 1972 m
Söhlige Gesteinsstrecken	29	38
Gesteinsdiagonale	89	99
Flözstrecken	1587	1211
Auf- und Abhauen	310	203
Gesteinsstrecken- Erweiterungen	6	18

In der Nacht vom 13. zum 14. Dezember wurde in der aus Diagonal 4703 nach Osten aufgefahrenen Untersuchungsstrecke Flöz Groß-Langenberg durch eine Deckgebirgsbohrung ein Wassereintritt ausgelöst. Sofort einsetzende Gegenmaßnahmen mußten sich zunächst darauf beschränken, das über die 7. Abteilung ins Grubengebäude eindringende Wasser durch Einsatz zusätzlicher Pumpen und den Einbau von Rohrleitungen unter Kontrolle zu bekommen und zur Sumpfstrecke nach Schacht 3 zu leiten. Die Förderleistung der Hauptwasserhaltung 4. Sohle, die von Januar bis November im Mittel 6,5 m³/min betragen hatte, erhöhte sich bis zum 19. Dezember auf 14,7 m³/min, fiel jedoch bis zum Jahresende wieder auf ca. 9,3 m³/min. Parallel zu diesen Arbeiten wurden Maßnahmen eingeleitet, um erforderlichenfalls in der 3. Richtstrecke und am Fuß des Diagonals 4703 die Einbruchsstelle abdämmen zu können.

Tagesbetrieb

Die tägliche Brikettherstellung erreichte im Mittel der Monate Oktober, November und Dezember mit 2915 t den höchsten Quartalsdurchschnitt des Jahres 1972. An diesem Ergebnis waren die Teerpechbriketts mit 2051 und der Extrazit mit 864 t beteiligt. Bezogen auf das Vorjahr ist die Brikettherstellung in 1972 mit 650 095 t um 13,34% gesteigert worden. Die höchste Zuwachsrate konnte mit 30,35% bei der Extrazitproduktion erzielt werden, die mit 202 987 t erstmalig 200 000 t überschritten hat.

Dank und Anerkennung unseren Jubilaren

Ihr 25jähriges Dienstjubiläum feierten bei unserer Gewerkschaft Sophia-Jacoba:

Pitschel, Heinz	10. 11. 1972	Hanschmann, Werner	15. 12. 1972
Dekiert, Josef	10. 11. 1972	Urbaniak, Georg	5. 1. 1973
Frings, Heinrich	10. 11. 1972	Ostrowski, Wilfried	14. 1. 1973
Grevenrath, Willy	10. 11. 1972	Sumser, Jakob	14. 1. 1973
Greiner, Wilhelm	14. 11. 1972	Fritz, Kurt	14. 1. 1973
Milkereit, Gerhard	14. 11. 1972	Bartsch, Alfred	14. 1. 1973
Pohl, Gerhard	15. 11. 1972	Margenfeld, Kurt	19. 1. 1973
Fuge, Heinz	17. 11. 1972		

Im Scheinwerfer ...

In den Berichtsmonaten Oktober bis Dezember 1972 erzielten die höchste Kohlenförderung:

Oktober

Revier 15, 27, 28

(Wassenberger Drilling) 3119 tato vF

Diese tato-Förderung wurde bei nur durchschnittlich 1,13schichtigem Verhieb je Revier erzielt = 920 t/Schicht oder 1020 t/Tag und Revier.

November

Revier 27

Reviersteiger Küsters 1020 tato vF

Hier ist eine besonders gute Revierleistung erzielt worden; denn diese tato-Förderung wurde bei nur einschichtigem Verhieb erzielt.

Revier 28

Reviersteiger Lützenkirchen 1564 tato vF

Auslaufender Streb

Dieses Abbaurevier hat in seiner gesamten Laufzeit, Januar bis November 1972, insgesamt 264 000 tvF erbracht = durchschnittlich 24 000 tvF/Monat.

Dezember

Revier 27

Reviersteiger Küsters 972 tato vF

Diese tato-Förderung wurde bei nur einschichtigem Verhieb erzielt.

Revier 29

Reviersteiger Lützenkirchen 1286 tato vF

In der Flözstreckenauffahrung erzielten während des Berichtszeitraumes die höchsten Auffahrleistungen:

Revier 32

Reviersteiger Schulte

1. Flözstrecke Gr.-Athwerk Osten
Diag. 2114 Oktober 211 m

2. Flözstrecke Merl Nbk Westen

Diag. 2115 und Flözstrecke

Rauschenwerk Norden

Diag. 2113

Dezember 139 m

Vor Beginn der Vortriebsaufnahme in der Flözstrecke Diag. 2113 mußten noch umfangreiche Vorbereitungsarbeiten durchgeführt werden. Dauer = 3 Tage.

Revier 33

Reviersteiger Strack, K.-H.

1. Flözstrecke Merl Westen

Diag. 5405

Dezember 175 m

Wetterquerschnitt = 11,3 m²

Mit dieser Auffahrleistung ist im Bereich der Unterwerkssohle ein neuer Rekord aufgestellt worden; denn es wurde mit einer Aufahrgeschwindigkeit von durchschnittlich „9,2 m/d zum ersten Male die „9-m-Schallgrenze“ durchbrochen.

Revier 35

Reviersteiger Scheffler

1. Flözstrecke Grauweck Süden 4. AD 2306

Oktober 176 m

2. Flözstrecke Gr.-Athwerk Osten südl.

BS 2304

Oktober 165 m

Revier 36

Reviersteiger Ahrweiler

1. Flözstrecke Meister Westen Diag. 3306

Oktober 204 m

2. Flözstrecke Grauweck Osten Diag. 3302

Dezember 152 m

In der Aufhauenauffahrung wurden während des Berichtszeitraumes besonders gute Leistungen erzielt:

Revier 32

Aufhauen Rauschenwerk Westen Diag. 2113

November 123 m

Revier 36

Abhauen Grauweck Osten aus Flözstrecke

Süden I westl. BS 2209

Oktober 124 m

Aus der Arbeit der Ausbildungsabteilung

Facharbeiterprüfung bestanden

Am 15. Januar 1973 haben die nachfolgenden Auszubildenden ihre Abschlußprüfung als Knappe im Steinkohlenbergbau vor der Industrie- und Handelskammer bestanden:

Yusuf Düzgün Ramazan Sevindir Ahmet Tekin Hidir Yikilmaz

Eine Exkursion in den Harz

In der Frühe des Buß- und Bettages startete eine Gruppe von Jungen der Bergberufsschule Hückelhoven mit ihren Lehrern und Ausbildern von der Gewerkschaft Sophia-Jacoba zu einer viertägigen Exkursion durch den Harz. Mit einem bequemen Reisebus war das erste Reiseziel bald erreicht, die bei Bad Driburg im Eggegebirge gelegene Ruine der Iburg, eine ehemalige heidnische Kultstätte, die von Karl dem Großen bei seinen Bemühungen, die Sachsen zu unterwerfen, zerstört wurde.

Nach einer kurzen Mittagsrast in Ottbergen bei Höxter ging es weiter nach Schloß Corvey an der Weser, der ältesten und berühmtesten Benediktiner-Abtei im Lande der altgermanischen Sachsen, die von Ludwig dem Frommen, einem Sohn Karls des Großen, im Jahre 822 gegründet wurde. Erwähnenswert ist, daß hier Hoffmann von Fallersleben, der Dichter des Deutschlandliedes, im Jahre 1874 seine letzte Ruhestätte fand.

Auf dem Wege nach Seesen liegt die Burg Greene, eine Weihstätte der Deutschen Einheit. Als nach dem letzten Weltkrieg die deutschen Kriegsgefangenen lange Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, wurde – durch eine Bürgerinitiative veranlaßt – eine Unterschriftenaktion gestartet, bei der 7 Millionen Bürger spontan durch ihre Unterschrift gegen dieses Vorgehen der Siegermächte protestierten. Diese Unterschriftensammlung wurde zunächst in dieser Burg Greene aufbewahrt, um sie dann später nach Goslar auszulagern und dadurch vor dem Verfall, dem sie in dieser feuchten Burg ausgesetzt war, zu schützen.

Am späten Nachmittag war das Haus der Naturfreunde in Seesen, wo von Mittwoch abend bis Samstag früh Quartier gemacht wurde, erreicht; ein Quartier übrigens, das durch seine Lage und durch die Art der Unterbringung und Beköstigung unserer Gruppe für die Exkursion als ideal bezeichnet werden muß.

Am Abend des ersten Tages wurden als Einstimmung für den nächsten Tag, der uns an die Zonengrenze führen sollte, zwei Filme gezeigt, die die Probleme der Trennung Deutschlands und die Widersinnigkeit dieser Grenze aufzeigten. Am nächsten Tag, bei der Fahrt durch den Harz, entlang der Zonengrenze bei Wiedelah, Lochtum, Eckertal und Hohegeiß, wird es wohl niemanden in unserer Gruppe gegeben haben, der die von den DDR-Machthabern propagierte Notwendigkeit dieser „Verteidigungslinie“ einsehen konnte. Welch ungeheurer Aufwand an Arbeit und Kosten war hier notwendig, um auf einer Länge von 1345 km – von Lübeck bis Hof – diese Trennungslinie aus Stacheldraht und Minen zu schaffen, die ja nicht nur Deutschland in zwei Teile teilt, sondern praktisch zwei Welten voneinander trennt. Wertvollstes Ackerland, das in etwa der Größe Luxemburgs gleichkommt, liegt hier zu einer Zeit brach, da auf dieser Welt noch täglich Menschen Hungers sterben. Angesichts der Beobachtungstürme und des Stacheldrahtes fühlte man sich um Jahre zurückversetzt, ein Eindruck, der durch die verheerenden Sturmschäden der letzten Woche nur noch verstärkt wurde. Etwa 700 000 Fichten sind in einer seit Jahren schwersten Sturmnacht entwurzelt oder abgebrochen worden, rund 1,2 Millionen Kubikmeter Festholz. Stellenweise hält der Harz heute Vergleichen mit dem Hürtgenwald des letzten Krieges stand.

Entschädigt wurden wir an diesem Tage, an dem wir soviel Schreckliches gesehen hatten, aber doch noch, als wir im Oberharz über 500 m NN durch eine herrliche Winterlandschaft kamen.

Der dritte Tag unserer Fahrt war der alten Kaiser- und Bergmannsstadt Goslar vorbehalten, einer Stadt, in der 19 deutsche Kaiser residierten und in der 1968 die Tausendjahrfeier des Bergbaus stattfand. Das Erz und das Gold des Rammselberges haben dazu beigetragen, daß hier eine Stadt entstehen und wachsen konnte, die heute – bedingt durch die vielen alten und kostbaren Fachwerkhäuser, die herrliche Kaiserpfalz, die vielen Sakralbauten u. a. m. – zu



Herr Kreisamtmann Ottmann aus Goslar führte unsere Gruppe zwei Tage längs der Zonengrenze und durch Goslar.



An der Zonengrenze bei Eckertal im Harz. Hier endet die Bundesstraße 6.



Vor der Kaiserpfalz in Goslar.

einer der schönsten Städte Deutschlands gerechnet werden muß.

Und dann kam auch schon wieder der Rückreisetag heran. Über Detmold führen wir zum Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald, um diesem imposanten Bauwerk von 57 m Höhe, wovon allein das Schwert 7 m lang ist, einen kurzen Besuch abzustatten. Im Bewußtsein, nicht nur vier schöne Tage erlebt zu haben, sondern auch mit der Geschichte Deutschlands vertrauter geworden und andererseits aber mit der ungeschminkten Wirklichkeit unserer Tage konfrontiert worden zu sein, kehrten wir am Samstagabend nach Hause zurück.

B. Schm.

Hier spricht die Sicherheitsabteilung

Sicherheit am Strebförderer

Veranlaßt durch mehrere zum Teil schwere Unfälle, war schon vor längerer Zeit betrieblich angeordnet worden, bei bestimmten Arbeiten im Streb Hobel und Strebförderer abzuschalten.

Unbedingt erforderlich ist dies

- beim Ausfeilern von Gestellen,
- beim Auflegen abgefallener Gestellkappen,
- beim Herausnehmen und Hineinlegen von sperrigem Material,
- beim Befahren enger Strebstellen durch den Panzerförderer
- und bei allen anderen Arbeiten, bei denen Personen durch den laufenden Strebförderer gefährdet werden.

Diese Anordnung wird, wie Befahrungen durch die Sicherheitssteiger ergeben, überall sorgfältig eingehalten. Es ist in diesem Zusammenhang aber noch eine Ergänzung notwendig geworden, die in diesen Tagen allen Strebbelegungen mitgeteilt wurde und an dieser Stelle ebenfalls bekanntgegeben werden soll.

Wenn eine der oben genannten Arbeiten ansteht, muß der Betreffende **unter Nennung seines Namens** aus dem Streb telefonisch beim Hobelfahrer das Abschalten von Panzerförderer und Hobel verlangen. Er muß dann die Bestätigung des Hobelfahrers abwarten, daß dieser die Meldung verstanden hat. Der Hobelfahrer darf erst wieder einschalten, wenn durch einen erneuten Anruf des Meldenden, der auch dann wieder seinen Namen nennen muß, Panzerförderer und Hobel freigegeben worden sind.

Es ist aber lebensgefährlich, wenn während eines solchen Stillstandes jetzt an einer anderen Stelle im Streb eine der oben genannten Arbeiten aufgenommen wird, ohne auch von dieser Stelle den Hobelfahrer zu unterrichten. Wir haben mehrfach feststellen müssen, daß dann gesagt wurde: „Warum soll ich denn den Hobelfahrer anrufen? Es steht doch alles!“

Wenn also mehrere Arbeiten dieser Art zur gleichen Zeit vorgenommen werden, muß der Hobelfahrer von jeder Stelle gesondert (und wiederum unter Nennung des Namens des Anrufers) verständigt werden. Der Hobelfahrer notiert die Namen auf einer Tafel und löscht jeden Namen nach der Rückmeldung über die Beendigung der Arbeit oder der Fahrung im Strebförderer. Erst wenn der letzte Name gelöscht ist, darf er wieder einschalten (selbstverständlich unter Beachtung der erforderlichen Signalgebung). Hierzu ein Beispiel:

Im unteren Strebteil muß der Ortsälteste A zusammen mit einem weiteren Bergmann an einem Gestell eine abgefallene Kappe auflegen. Er gibt das Haltsignal und ruft den Hobelfahrer an: „Hier A, laß stehen, wir müssen eine Kappe auflegen.“ Der Hobelfahrer bestätigt: „Verstanden, A, ich lasse stehen.“ Die beiden beginnen mit dieser Arbeit. Wenige Minuten später muß der Bergmann B im oberen Strebmittel zwei Gestelle auspacken. Obwohl Hobel und Panzerförderer stehen, ruft er den Hobelfahrer an: „Hier B, laß stehen, ich muß Gestelle ausfeilern.“ Der Hobelfahrer bestätigt auch diese Meldung. Da er jetzt zwei Anrufe vorliegen hat, notiert der Hobelfahrer die Namen A und B. Jetzt ruft der Steiger C an, der bei seiner Strebbeffahrung an

einer Engstelle nur hindurchkäme, wenn er hier im stehenden Panzerförderer weiterkriecht. Er sagt am Telefon: „Hier Steiger C, stehenlassen, ich muß durch den Panzer.“ Der Hobelfahrer bestätigt die Meldung und notiert auch den Namen C. Als erster ruft nun erneut Steiger C an. „Hier C, ich bin aus dem Panzer 'raus, es kann laufen.“ Der Hobelfahrer bestätigt, daß er verstanden hat, und löscht den Namen C auf der Tafel. Inzwischen ist die abgefallene Kappe aufgelegt, und der Ortsälteste A ruft den Hobelfahrer an: „Hier A, wir sind fertig, von uns aus kann es wieder laufen.“ Der Hobelfahrer sagt: „Ich habe verstanden, A“, und streicht den Namen A von der Tafel. Schließlich ist auch B mit dem Ausfeilern fertig. Auch er ruft nun den Hobelfahrer wieder an: „Hier B, ich bin fertig, du kannst laufenlassen.“ Der Hobelfahrer bestätigt, streicht auch den Namen B, gibt Signal und schaltet nun erst wieder ein.

Die zwingende Notwendigkeit für dieses Verfahren wird jeder, der mit den Strebverhältnissen vertraut ist, sicherlich einsehen. Wir müssen verhindern, daß sich jemand während des Stillstandes in den Einwirkungsbereich des Strebförderers begibt, ohne daß der Hobelfahrer hierüber Bescheid weiß. Bei unseren niedrigen Streben ist es oft unmöglich, im Überraschungsfalle trotz der Ankündigung durch Signal noch so rechtzeitig „Halt“ zu signalisieren, daß durch Wiederanlaufen des Panzerförderers nichts passieren kann. Wenn sich jemand in den stehenden Förderer begibt (wie in unserem Beispiel der Steiger C), ohne den Hobelfahrer zu verständigen, um durch eine Engstelle hindurchzukommen, und genau zu diesem Zeitpunkt wird der Panzer von der Stelle, die ihn hatte absetzen lassen, wieder freigegeben, so kann der Betreffende beim Anlaufen des Panzerförderers unmöglich sofort „Halt“ ziehen.

Wir hoffen, daß auch diese neue Regelung schnellstens zur Selbstverständlichkeit wird, damit auf diese Weise ein weiterer wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit in den Streben geleistet und eine gefährliche Unfallursache ausgeräumt wird.

Günstige Unfallzahlen

Wir werden das Jahr 1972 voraussichtlich — die genauen Zahlen stehen noch nicht fest — mit der niedrigsten Unfallquote seit 1949, also seit 23 Jahren, abschließen. Auf 100 000 verfahrenen Schichten umgerechnet wird die Unfallkennziffer für den Grubenbetrieb 90 (im Vorjahr 125) und für den Tagesbetrieb 25 (im Vorjahr 36) betragen. Besonders erfreulich ist der beträchtliche Rückgang bei der Summe der mittelschweren, schweren und tödlichen Unfälle. Hier werden die entsprechenden Kennziffern unter Tage voraussichtlich 17 (im Vorjahr 25) und über Tage 4 (im Vorjahr 8) lauten.

Diese günstigen Zahlen sind das Ergebnis der Bemühungen aller Mitarbeiter auf dem Gebiet der Sicherheit. Die positive Einstellung überall in unserem Betrieb zu den sicherheitlichen Belangen zeigt, daß uns allen die Unfallverhütung keine lästige Pflichtübung, sondern Verpflichtung ist.

Wir wollen uns aber im neuen Jahr nicht auf diesen — wohlverdienten — Lorbeeren ausruhen, sondern allesamt auch weiterhin bestrebt bleiben, eine wirksame Unfallverhütung zu betreiben und — ein jeder an seiner Stelle — dafür zu sorgen, daß das Unfallgeschehen in unserem großen Betrieb einen günstigen Verlauf beibehält.

Zur Unfallverhütung an Ladestellen

An den automatischen Ladestellen erfolgen die Steuerung der Ladeklappe und des Wagenvorziehers durch Lichtschranken. Der gesamte Ladevorgang läuft daher sozusagen von selbst, und das Bedienungspersonal hat lediglich Überwachungsfunktionen auszuüben bzw. braucht nur bei außergewöhnlichen Vorkommnissen einzugreifen.

Es ist deshalb besonders gefährlich, an derartigen Ladestellen während des laufenden Betriebes ohne weiteres beispielsweise in den Trichter zu klettern, um ein Holzstück herauszuholen, das sich dort festgesetzt hat. Während dieses Vorganges kann sich die Ladeklappe bewegen oder der Wagen vorgezogen werden, denn die Lichtschranken reagie-

ren auf jeden Gegenstand, durch den der Lichtstrahl unterbrochen wird, also auch auf den menschlichen Körper. Der gute Wille, mitzuhelfen, durch Beseitigen von Hindernissen den Förderfluß störungsfrei zu halten, ist daher hier fehl am Platze.

Wir weisen darauf hin, daß nur diejenigen Mitarbeiter, die mit der Bedienung und Wartung automatischer Ladestellen vertraut sind, Störungen beheben dürfen, und zwar unter Beachtung von § 96 der Bergverordnung, wonach vor Aufnahme solcher Arbeiten die Anlage am Schütz abgeschaltet und am Schütz eine Tafel „Nicht einschalten, es wird gearbeitet“ aufgehängt werden muß. Nur dann ist die Voraussetzung gegeben, im Einwirkungsbereich der Ladestelle gefahrlos arbeiten zu können.

Wie kann man Kontogebühren sparen?

Mit der Einführung von Kontogebühren bei der überwiegenden Zahl der Kreditinstitute gibt die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) in Bonn Tips und Ratschläge, wie der Inhaber eines Lohn- oder Gehaltskontos bzw. Privatkontos Gebühren sparen kann.

Nach Ansicht der AGV sollte sich der Kontoinhaber darüber informieren, wie viele Freiposten ihm sein Kreditinstitut einräumt, d. h. wie viele Buchungen während eines bestimmten Zeitraums kostenlos vorgenommen werden. Teils würden solche Freiposten allen Privatkontoinhabern gewährt, teils nur den Lohn- und Gehaltsempfängern, Rentnern u. ä. Darüber hinaus sei es für den Kunden von Interesse, welche Gebühren für alle weiteren Buchungen, also für jede Veränderung des Kontos, erhoben werden und welche Kosten für Daueraufträge, Kontoauszüge und Eurocheques anfallen. Insbesondere solle der Verbraucher in seine Überlegungen die Möglichkeit einbeziehen, ein Postscheckkonto zu eröffnen, da im Postscheckverkehr weder Buchungsgebühren noch Gebühren für Daueraufträge und Kontoauszüge anfielen. Es seien lediglich etwa 3 Pfennige für jeweils ein Formular mit Postscheckbriefumschlag zu bezahlen. Porto werde für den Brief vom Postscheckamt nicht erhoben.

Darüber hinaus gibt die Arbeitsgemeinschaft folgende Tips: Zahlung kleinerer Beträge durch Schecks vermeiden.

Ehepaare, die ein gemeinsames Konto unterhalten, sollten zwei Konten einrichten, sofern sich dadurch die Zahl der Freiposten verdoppelt.

Soweit Kreditinstitute Daueraufträge kostenlos ausführen, sollte davon Gebrauch gemacht werden. Soweit für die einzelne Überweisung im Rahmen eines Dauerauftrages Buchungsgebühren berechnet werden, sollte insbesondere bei niedrigen Einzelbeträgen (z. B. Zeitungsgeld, Rundfunkgebühren u. ä.) die Zahlung auf möglichst große Zeiträume umgestellt werden.

Überweisungen und Daueraufträge erfolgen im Postscheckverkehr kostenlos. Die Einrichtung und Benutzung eines Postscheckkontos wird besonders dann empfohlen, wenn die notwendigen Überweisungen nicht im Rahmen der Freiposten vorgenommen werden können. Die Buchungen auf dem Sparkonto erfolgen kostenlos. Es sollte daher mehr vom Sparbuch Gebrauch gemacht werden. Zu beachten ist aber: Nach § 21 Abs. 2 des Kreditwesengesetzes „dürfen als

Spareinlagen (von den Kreditinstituten) nur Geldbeträge angenommen werden, die der Ansammlung oder Anlage von Vermögen dienen; Geldbeträge, die zur Verwendung im Geschäftsbetrieb oder für den Zahlungsverkehr bestimmt sind, erfüllen diese Voraussetzung nicht“. Also darf über Spareinlagen nicht durch Scheck oder Überweisung verfügt werden.

Bei der Zusendung eines Zahlscheins – z. B. von der Stadtverwaltung, Krankenkasse usw. – muß der Zahlungspflichtige die Rechnung nicht mit diesem Zahlschein und den damit häufig hohen Kosten einer Bareinzahlung begleichen. Billiger als die Bareinzahlung bei einem Kreditinstitut kann eine Überweisung vom eigenen Konto oder die Zahlung mittels Zahlkarte auf das Postscheckkonto des Empfängers sein.

Soweit für die Kontoauszüge Gebühren erhoben werden, sollte ein wöchentlicher oder monatlicher Kontoauszug verlangt werden. Wenn ein Kontoinhaber Geld mit einem Scheck abheben will, sollte er dies möglichst bei der Filiale desselben Kreditinstitutes tun; auf jeden Fall aber, falls er ein Scheckbuch bei einer Sparkasse hat, bei einer Sparkasse, wenn er ein Scheckheft bei einer Bank hat, bei einer Bank, da für eine Scheckeinlösung aus dem jeweils anderen Bereich zum Teil Einlösungsgebühren gefordert werden.

Schließlich empfiehlt der Verbraucherverband den Kontoinhabern, in ihre Überlegungen mit einzubeziehen, ob Guthaben auf einem Girokonto verzinst werden, da auch hier die Regelungen der einzelnen Kreditinstitute variierten. Weiter solle der Verbraucher berücksichtigen, daß der Postscheckdienst zwar weitgehend gebührenfrei abgewickelt wird, daß beim Girokonto im Gegensatz zum Postscheckkonto aber die Möglichkeit bestehe, im Rahmen eines dem Kunden eingeräumten Dispositionskredits das Konto – allerdings nicht zinsfrei – zu überziehen und Eurocheques zu erhalten. Um die beiden Vorteile auszunutzen, weist die AGV auf die Möglichkeit hin, neben einem Girokonto ein Postscheckkonto einzurichten.

Soweit für Vorgänge im Rahmen eines Abbuchungsverfahrens Gebühren erhoben werden, hält es die Arbeitsgemeinschaft für gerechtfertigt, daß die Empfänger der Beträge diese Kosten tragen, da sie den Vorteil eines kostensparenden (und zinsbringenden) sofortigen Einzugs hätten.

Eine Nachlese in Wort und Bild



Der heiligen Barbara zu Ehren

Seit fast zwei Jahrzehnten feiern die Bergleute der Gewerkschaft Sophia-Jacoba in Doveren das Fest ihrer Schutzpatronin, der heiligen Barbara. Das Fest beginnt traditionell mit einem Festzug aus der Siedlung zur Pfarrkirche. An diesem Zug beteiligen sich nicht nur die uniformierten Knapen (s. Bild 1), sondern auch alljährlich eine Abordnung von belgischen Bergleuten aus La Calamine (s. Bild 2). Eine große Anzahl von Werksangehörigen, darunter auch leitende Herren unseres Unternehmens, nahmen an dem diesjährigen Zug teil. Für den richtigen Schrittrhythmus sorgten die Bergkapelle Sophia-Jacoba und das einheimische Trommlerkorps. In der Kirche prägten die schwarzen Kittel der Bergleute, brennende Grubenlampen und Knapen als Ministranten die Atmosphäre des feierlichen Gottesdienstes. Auch Lieder und Gebete und die Beiträge der Bergkapelle unterstrichen den bergmännischen Charakter der Messe. Monsignore Knippen aus Aachen nahm in seiner Festpredigt Bezug auf die bergmännischen Traditionen. Dem Gottesdienst folgte ein Platzkonzert unserer Bergkapelle auf dem Vorplatz der Kirche. Danach begaben sich die Festteilnehmer zum Bürgersaal, wo in kameradschaftlicher Runde ein Umtrunk stattfand. Die Bergkapelle übernahm hier die musikalische Unterhaltung und beeindruckte die Zuhörer mit der Vielseitigkeit ihres Repertoires.



In Hückelhoven wird St. Barbara nicht nur als Schutzheilige der Bergleute, sondern auch als Patronin der gleichnamigen Pfarre gefeiert. Auch hier bestimmten die Bergknappen in Uniform das Bild in der Kirche. Nach dem Hochamt gab unsere Bergkapelle ein Platzkonzert vor der Kirche. Ein Empfang im Pfarrheim bildete den Abschluß des traditionellen Patronatsfestes.



Chronik der Besuche bei Sophia-Jacoba

2. 11. 1972 Eine Gruppe Studenten der TH Aachen.
6. bis 10. 11. Vier Bergingenieure aus der UdSSR (Rostow-Ugol).
8. 11. Eine Gruppe Kohlenhändler aus Frankreich.
13. u. 14. 11. Ein spanischer Bergingenieur.
15. 11. Ein Kreis von Mitgliedern der Schornsteinfegerinnung Aachen.
23. 11. Eine Gruppe Studenten der TH Aachen.
27. 11. Ein Kreis von Herren der Handelsgesellschaft Braunkohle Köln

29. 11. u. 13. 12. Eine Gruppe aus der Unteroffizierskameradschaft Fliegerhorst Teveren.
7. 12. Ein Kreis von Kohlenhändlern aus dem Raum Norddeutschland.
1. 12. Eine Gruppe Kohlenhändler aus dem Ruhrgebiet.
3. 1. 1973 Eine Gruppe Schüler der Bergschule zu Aachen.
17. 1. Acht Herren der Unteroffizierskameradschaft Fliegerhorst Teveren.
18. 1. Eine Gruppe Kohlenhändler aus Frankreich.

Erfolgreich durch die Probezeit

Aus Anlaß der abgelaufenen Probezeit lud unser Unternehmen die Eltern der im Jahre 1972 angelegten Auszubildenden am 16. November 1972 zu einer Aussprache ein. Arbeitsdirektor Schmitz begrüßte die erschienenen Mütter und Väter und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß alle Jungen ihre Probezeit bestanden haben. Als bezeichnend für die enge Verbundenheit zwischen Belegschaft und Werk stellte er die Tatsache heraus, daß mehr als die Hälfte der Väter der Jungen in unserem Unternehmen tätig sind. Ausbildungsleiter Wabner erläuterte dann den Eltern die neuen Tarifbestimmungen für Jugendliche und wünschte eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Ausbildungsstätte. Eine Besichtigung der Arbeitsplätze und der Lehrarbeiten der Jungen beschloß das Zusammensein.



Zuckerfest in unseren Heimen

Am 8. November 1972 wurde in unserem Lehrlingsheim und im Ledigenheim, die fast ausschließlich von türkischen Belegschaftsangehörigen bewohnt werden, das Zuckerfest gefeiert. Am Ende des Fastenmonats Ramadan begeht die islamische Welt ihren höchsten Feiertag, den Seker Bayrami, das Zuckerfest. Die mit diesem Fest verbundenen Bräuche entsprechen sehr stark denen unseres Weihnachtsfestes. An diesem Tage ist es üblich, Besuche abzustatten, sich frohe Feiertage zu wünschen und Geschenke auszutauschen. Dieser Sitte folgend, begab sich Arbeitsdirektor Schmitz und eine Abordnung des Betriebsrates in die Heime, um den dort wohnenden Türken die besten Wünsche des Grubenvorstandes und der übrigen Belegschaft zu überbringen. Als kleine Geste wurde jedem der Heimbewohner eine Tüte mit einem zum Anlaß passenden Inhalt überreicht. Im Lehrlingsheim dankten die dort lebenden Jungen den Gästen auf die in ihrer Heimat übliche Art. Sie boten Rosenwasser zu einer symbolischen Handwaschung und verschiedene Süßigkeiten als Gastgeschenk an (Bild rechts oben).



Im Ledigenheim wartete ein überfüllter Kantinenraum auf die Besucher. Den Gruß- und Glückwunschworten von Arbeitsdirektor Schmitz und dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Karl Kockerbeck folgte eine kurze Ansprache des Sprechers der Heimgemeinschaft, in der dieser die Freude über den Besuch und den Dank für die Geschenke zum Ausdruck brachte.



Eine Weihnachtsfeier für Kinder

Zu der traditionellen Weihnachtsfeier lud unser Grubenvorstand die Kinder der tödlich verunglückten oder an einer Berufskrankheit verstorbenen Belegschaftsmitglieder am 14. Dezember 1972 in das evangelische Gemeindehaus in Hückelhoven ein. In seinen Begrüßungsworten unterstrich Arbeitsdirektor Schmitz die starke Verbundenheit zwischen unserem Unternehmen und seiner Belegschaft, die sich auch in dieser Feier dokumentiert. Während der Kaffeetafel unterhielten kleine Künstler aus dem Kindergarten Friedrichplatz die eingeladenen Gäste (Bild rechts). Das von Schwester Karoline eingeübte Programm fand beim Auditorium starken Beifall. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Bescherung, in deren Rahmen den Kindern eine Weihnachtstüte und ein Geldbetrag überreicht wurden.



Wißt Ihr schon, Kameraden . . .

. . . daß in einer Fläche von über 600 000 Quadratkilometern sich die größte der unterirdischen Wasserschichten unter der Saharawüste erstreckt? Diese Wasservorräte könnten 1000 Jahre lang 2000 Kubikmeter Wasser pro Sekunde liefern. Gegenwärtig beträgt der Wasserverbrauch der Region jedoch nur etwa 20 Kubikmeter pro Sekunde. Man hat errechnet, daß bis zum Jahre 2000 auf etwa 55 000 Hektar heute noch unfruchtbaren Wüstenbodens Nordafrikas Gemüse und Getreide angebaut werden könnten. Dieser unerschlossene Wasservorrat liegt unter den algerischen Teilen der Sahara, den Oasen und im tunesischen Süden. Die Bevölkerungsziffer von gegenwärtig etwa 800 000 Menschen dürfte noch vor Ende des Jahrhunderts die Zweimillionengrenze überschreiten.

Wasser ist nicht allein für die Landwirtschaft notwendig, die 45 % der örtlichen Arbeitsplätze liefert, sondern auch für den Abbau der Bodenschätze und für die in der Entwicklung begriffenen Industriezweige. Das Wasser wird hauptsächlich aus der 500 bis 2000 Meter tiefen sogenannten „Zwischenschicht“ kommen, ferner auch aus der oberflächennäheren Tiefe von 100 bis 200 Meter. Die durch Regenwasser nur minimal aufgefüllten Reservoirs würden bei Nutzung den Grundwasserspiegel sinken lassen. Man müßte also die Brunnen sehr tief graben, was eine bedeutende Kostensteigerung der Wassergewinnung bedeuten würde. Das Projekt wird nach Expertenberechnungen einige hundert Millionen Dollar kosten.

Die gegenwärtig vorwiegend angebauten Dattelpalmen – Datteln sind eines der wichtigsten Exportgüter Algeriens – saugen sehr viel Wasser auf und tragen in den ersten zehn bis zwölf Jahren keine Früchte. Daher befürworten Spezialisten einen Ausbau der Landwirtschaft durch Einführung von Weizen, Mais, Hirse, Tomaten und anderem Gemüse. Bei einem entsprechenden Wechsel im Anbau müßten, nach Aussage von Experten, die Bauern mehrfache Ernten im Jahr erreichen können. Allein aus den Ernten dieser Gebiete könnte eine beachtliche Verringerung der Welthungersnot erreicht werden.

. . . daß das Hühnerei neben dem Brot das am häufigsten verwendete Lebensmittel in der Bundesrepublik ist? Vom Frühstück angefangen über Mittagessen und Abendbrot erstreckt sich seine Verwendbarkeit auch auf viele Diätformen. Ausschlaggebend für die Qualität dieses Naturproduktes ist weniger die Größe, d. h. die Handelsklasse, als die Frische. Woran erkennt man aber, ob ein Ei frisch ist oder nicht? In der Zeitschrift „Huhn und Ei“ der Geflügelindustrie, von der man annehmen muß, daß sie etwas davon versteht, werden folgende Tips zur Prüfung gegeben:

Bei der Schüttelprobe darf sich im Ei nichts bewegen. Wenn es jedoch schwappet, so hat sich im Laufe der Zeit infolge der Wasserverdunstung durch die poröse Schale die Luftkammer vergrößert. Ein solches Ei kann nicht mehr frisch sein.

Legen Sie Eier in kaltes Wasser. Die frischen Eier bleiben, da sie eine sehr kleine Luftkammer haben, flach am Boden liegen. Steht ein Ei aufrecht auf der Spitze, so hat es schon eine recht große Luftkammer und ist dann etwa drei Wochen alt. Verdorbene Eier schwimmen sogar an der Oberfläche.

Bei aufgeschlagenen Eiern ist das Alter an der Form des Dotters zu erkennen. Das frische Ei hat einen fast kugelförmigen Dotter und eine straffe Dotterhaut. Je älter das Ei ist, desto flacher wird das Dotter. Bei ganz alten Eiern platzt beim Aufschlagen die Dotterhaut.

Bei frischen Eiern sind nach dem Aufschlag deutlich zwei Eiweißschichten erkennbar. Rund um das Dotter liegt eine festere Schicht, die sich deutlich von dem übrigen Eiweiß abhebt. Bei älteren Eiern zerfließt das Eiweiß, und es sind keine zwei Schichten mehr erkennbar.

Ob Eier im Kühlschrank aufbewahrt werden sollen oder nicht, ist immer noch eine Streitfrage. Sicher ist, daß die Trockenheit der Kühlschrankluft zum schnelleren Altern der Eier beiträgt. Trotz Eierfach sollte man deshalb diese Naturprodukte innerhalb von 14 Tagen verbrauchen. Das gleiche gilt für Eier, die in der Speisekammer aufbewahrt werden.

. . . daß die ältesten Überlieferungen über Gewürze 4000 Jahre alt sind und aus Babylon stammen? Auch in der römischen und griechischen Küche erfreuten sich Gewürze star-

ker Beliebtheit. Es waren jedoch nur wenig verschiedene Gewürzpflanzen, die immer wieder verwendet wurden. Erst im 16. Jahrhundert, als die Kauffahrtschiffe neue Seewege zu bisher unbekanntem Kontinenten und Inseln entdeckten, wurde dadurch die Gewürzpalette der europäischen Küche um ein Vielfaches bereichert. Chilly, Curry, Kurkuma, Muskatnuß, Nelken, Paprika und Pfeffer, um nur einige zu nennen, wurden erst zu dieser Zeit bei uns bekannt. Für die einfache Bevölkerung änderte sich hinsichtlich ihrer Kochgewohnheiten jedoch nichts. Die fremden Gewürze waren so unermeßlich teuer, daß sie neben Gold und Edelsteinen zu den wertvollsten Geschenken zählten. Erst als der Seeverkehr zunahm und die Transportkosten gesenkt werden konnten, kam die gesamte Bevölkerung in den Genuß dieser kulinarischen Kostbarkeiten. Abgesehen von der geschmacksverbessernden Wirkung sind die Gewürze auch auf die Gesundheit nicht ohne Einfluß. Nach der Verwendung von Senf, Pfeffer und Curry wird die Menge und die Zusammensetzung des Speichels verändert und dadurch eine bedeutend bessere und schnellere Verdauung erreicht. Weiterhin kann eine anregende Beeinflussung des Kreislaufs festgestellt werden. Die große Bedeutung der Gewürze für die Diätik liegt darin, daß der Salzverbrauch stark gedrosselt werden kann und die Speisen trotzdem appetitanregend bleiben.

Anis, ursprünglich in Ägypten heimisch, wird hauptsächlich als Backgewürz sowie in der kosmetischen Industrie verwendet. Beifuß ist eine wild wachsende, mit dem Wermut verwandte Pflanze, die überwiegend aus dem Balkan importiert wird. Er ist hervorragend geeignet, fette Speisen köstlich zu machen. Chilly ist eine südamerikanische Paprikaart, allerdings etwa 20fach schärfer. Dill, Kerbel, Liebstöckel, Estragon und Basilikum sind südeuropäische Kräuter, die auch bei uns gedeihen und zu Salaten, Braten und Saucen gebraucht werden. Ingwer ist die Wurzel einer schilfartigen asiatischen Pflanze. In China und Indien ist er seit Jahrtausenden als Heilmittel bekannt. Marco Polo brachte Ingwer 1295 nach Mitteleuropa. Hier erfreut er sich nicht nur als Gewürz, sondern auch als Konfekt großer Beliebtheit. In England braut man ein spezielles Ingwer-Bier, das sogenannte Ginger-Ale. Aus Ceylon kam das Kardamon nach Europa und gilt hier als eines der teuersten und edelsten Gewürze, speziell für Gebäck und Würstmischungen. Funde aus der Steinzeit haben gezeigt, daß damals schon Kümmel als Gewürz oder Heilmittel benutzt wurde. Um 700 n. Chr. brachten die Araber den Kümmel nach Europa, wo er heute heimisch geworden ist. Als Würze für schwer verdauliche Speisen ist er gut geeignet und hilft, als Tee aufgebriht, bei Magenbeschwerden und Blähungen. Aus Sansibar kommen die Gewürznelken, die in Ostasien als Beimischung zu Zigaretten tabak Verwendung finden.

Der Entdeckung Amerikas verdanken wir den Paprika, der 1494 nach Europa gebracht wurde. Die Farbe Grün, Gelb oder Rot ist Ausdruck der Reife. In Osteuropa gilt der Paprika als Mittel gegen Kopf- oder Bauchschmerzen. Sein hoher Vitamin-C-Gehalt ist bekannt. Der Pfeffer kommt aus den Tropen; die besten Sorten sind Tellicherry- und Malabar-pfeffer. Im Mittelalter war es eines der wichtigsten Handelsgüter zwischen Asien und Europa. Aus dem Mittelmeergebiet stammt der Salbei, eine Chrysanthemart. Salbei ist ein beliebtes Gewürz für weißes Fleisch und ganz besonders für gebratenen Aal. Gegen Entzündungen der Mundschleimhaut soll Salbei gut wirken. Die Vanilleschote ist die Frucht einer Orchideenart, die ursprünglich in Mittelamerika beheimatet war. Das Exportieren der Pflanzen war bei Todesstrafe verboten. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts gelang es in Java und Madagaskar, die Pflanzen zu kultivieren. Da dort jedoch die zur Befruchtung nötigen Insekten fehlen, mußte die Bestäubung künstlich vorgenommen werden. Vor über 4000 Jahren war der Zimt in China schon als Arzneimittel bekannt. Der Zimt ist die Rinde des Zimtlorbeerbaumes. Er wurde von Vasco da Gama in Europa eingeführt und ist heute ein sehr beliebtes Süßspeisen- und Backgewürz.

Dank der modernen Anbaumethoden und der schnellen und billigen Transportmöglichkeiten kann sich heute jeder, was Gewürze angeht, kulinarischen Genüssen hingeben, die noch vor ein paar hundert Jahren nur Fürsten und reichen Kaufleuten vorbehalten waren.

Die Belegschaft wurde informiert

Im vollbesetzten Saal Darius in Hückelhoven informierte der Vorsitzende unseres Grubenvorstandes, BA Kranefuss, im Rahmen einer Betriebsversammlung die Belegschaft über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung unseres Unternehmens. Er stellte fest, daß Förderung, Absatz und Leistung im Jahre 1972 günstiger waren, als zum Anfang des Jahres angenommen werden mußte. Die zunächst geplante Förderung wurde um 140 000 Tonnen überschritten und voll abgesetzt. Darüber hinaus konnten die Lagerbestände um 41% reduziert werden. Die Leistung unter Tage ist um 11,5% gesteigert worden. Das Jahr 1972 brachte unserem Unternehmen einen wirtschaftlich befriedigenden Erfolg. Sorge bereitete uns die Entwicklung der Fehlschichten und insbesondere der Krankenschichten. Die letzte Fehlschichtenart erreichte im Dezember 1972 mit 13,7% einen bedauerlichen Höhepunkt. Die Zahl der mittelschweren, schweren und tödlichen Unfälle ging dagegen stark zurück. Die technische Ausstattung unserer Betriebe unter und über Tage wurde weiter ausgebaut und verbessert. Das Aufsichtsratsmitglied unseres Unternehmens, Rudolf Henschel, der die volkswirtschaftliche Abteilung im DGB leitet, gab dann die folgende Vorschau auf die volkswirtschaftliche Entwicklung 1973:

Verständlicherweise interessieren uns vor allem die Entwicklungen im eigenen Betrieb, die Rückwirkungen auf die eigene Beschäftigung und auf das eigene Einkommen haben. Wir wissen heute aber auch, daß die Entwicklungen im eigenen Unternehmen sich nicht ganz unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vollziehen. Auch Einstellungen und Entlassungen in Nachbarunternehmen und Lohn- und Gewinnentwicklung in anderen Branchen haben Einfluß auf die eigene Beschäftigung und Entlohnung.

Wir müssen also auch wissen, wie sich die gesamte Volkswirtschaft entwickeln wird. So wie jedes modern geleitete Unternehmen Abbau- oder Produktionspläne hat, auf deren Grundlage längerfristige Investitionsentscheidungen, also der Ausbau vorhandener Anlagen oder die Anschaffung neuer Maschinen, getroffen werden, so müssen auch in der Wirtschaftspolitik auf der Grundlage erkennbarer Entwicklungen klare politische Entscheidungen getroffen werden, um mögliche Fehler zu vermeiden und um die Beschäftigung von morgen zu sichern. Für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften stellen sich hier vor allem drei Fragen:

Mit welchem Produktionswachstum können wir rechnen?

Wie wird sich die Nachfrage nach Arbeitskräften entwickeln?

Welche Preisentwicklungen sind zu erwarten?

Ein noch so schönes Herumreden nützt leider gar nichts; auf diese drei Fragen müssen direkte Antworten gegeben werden.

Das Produktionswachstum unserer Volkswirtschaft bestimmt im großen und ganzen die mögliche Verbrauchsentwicklung, und es wird selbst bestimmt durch die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Produktionskräfte, dargestellt durch die industriellen und verkehrstechnischen Anlagen in unserer Wirtschaft.

Der produktionstechnische Wert dieser Anlagen erhöht sich bei der gegenwärtigen Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik jährlich um etwas mehr als 5%. Das bedeutet, daß bei gleichbleibender Kapazitätsauslastung jährlich um rund 5% mehr Güter erzeugt

werden können und verbraucht werden müssen, wenn alle vollbeschäftigt bleiben sollen. Bei einer etwas höheren Auslastung dieser Anlagen als sie im vergangenen Jahr bestand, kann die Güterproduktion und damit der Güterverbrauch in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um etwa 6% zunehmen.

Der Arbeitsmarkt hat sich gegenüber den 50er Jahren völlig gewandelt. Damals suchten mehr Arbeitnehmer neue Arbeitsplätze, als in der deutschen Wirtschaft vorhanden waren. Heute und morgen aber gibt es insgesamt mehr Arbeitsplätze als Arbeitssuchende. Die Zahl der älteren Arbeitnehmer, die aus Altersgründen ausscheiden, ist in der nächsten Zeit größer als die Zahl junger Arbeitnehmer, die aus den Schulen und Ausbildungsstätten kommen. Da auch die soziale Unterbringung und Einordnung ausländischer Arbeitskräfte mehr und mehr Schwierigkeiten bereitet, wird ebenfalls die Zahl der Fremdarbeiter nicht in dem Ausmaß zunehmen können, wie neue Arbeitskräfte gesucht werden. Die Beschäftigungschance der deutschen Arbeitnehmer wird also in den nächsten Jahren noch zunehmen; sie wird um so größer sein, je besser die Berufsausbildung des einzelnen ist.

So positiv die Entwicklung der Güterproduktion und der Beschäftigung sein wird, so bitter läßt sich die Entwicklung der Preise an. Schon immer waren die jährlichen Preissteigerungen im Ausland wesentlich höher als bei uns. Seit Mitte der 50er Jahre hat in der Bundesrepublik eine stetige Anpassung an den höheren ausländischen Preisanstieg stattgefunden. Diese Anpassung ist jetzt nahezu abgeschlossen, und sie war bei festen Wechselkursen und freiem Geld- und Warenverkehr auch nicht zu verhindern. Damit die Bundesrepublik aber nicht selbst zu einem Motor der internationalen Teuerung wird, müssen auch wir wirtschaftliche Reformen durchführen. Ohne diese Reformen werden alle Maßnahmen der Nachfragedämpfung durch Zinserhöhungen der Bundesbank oder durch Haushaltskürzungen der Regierung oder gar durch Steuererhöhungen wirkungslos bleiben.

Mit diesen Reformen muß die wirtschaftliche Konzentration zu immer marktmächtigeren Unternehmungen verhindert oder aber öffentlich kontrolliert werden.

Preisabsprachen zwischen den Unternehmen müssen verhindert oder durch öffentlich kontrollierbare Preisregulierungen ersetzt werden.

Boden- und Mietpreisspekulationen, die der unausgeglichene Markt nicht verhindern kann, müssen durch Marktordnungen beseitigt werden.

Es geht also darum, Ordnungsformen, die zum Schutz der Landwirte und der Einzelhändler in Form von Agrarmarktordnungen und privaten Preisbindungen schon seit Jahrzehnten praktiziert werden, auch zum Schutz der Verbraucher einzuführen. Diese Verbraucherschutzmaßnahmen, die die Preiswillkür eindämmen und Spekulationsgewinne verhindern, werden allerdings auf den Widerstand jener stoßen, die bisher an diesen Preissteigerungen profitieren. Außerdem werden solche Maßnahmen, selbst wenn sie in den nächsten Wochen ergriffen werden, erst im Verlauf der nächsten Jahre wirksam werden können. Wir werden daher auch in diesem Jahr — und wohl auch in den nächsten Jahren — mit höheren Preissteigerungen rechnen müssen, als uns allen lieb ist, und wir werden diese Preissteigerungen — soweit dies geht — durch höhere Löhne und Gehälter ausgleichen müssen.

Die Bundesknappschaft teilt mit

Mit Wirkung vom 1. Juli 1972 an haben auch die im Knappschaftsartzbereich wohnenden Berechtigten die Möglichkeit, die zur allgemeinen kassenärztlichen Behandlung zugelassenen, ermächtigten oder an der kassenärztlichen Versorgung beteiligten Ärzte und Fachärzte (RVO-Kassenärzte) in Anspruch zu nehmen. Wir geben Ihnen nachstehende Hinweise, um Ihnen die Handhabung des Behandlungsscheinheftes zu erleichtern: Das Behandlungsscheinheft enthält acht Behandlungsscheine. Sie sind zu je vier Scheinen geordnet und durch ein grünes Einlegeblatt getrennt.

Grundsätzlich reichen die ersten vier Behandlungsscheine für das ganze Jahr aus, weil Ihnen der im jeweiligen Quartal zuerst in Anspruch genommene Arzt für die Behandlung durch weitere Ärzte die erforderlichen Überweisungsscheine ausstellt.

Soll in einem Kalendervierteljahr ein zweiter Facharzt aufgesucht werden, wird der praktische Arzt, in dessen Behandlung Sie stehen, einen Überweisungsschein ausfertigen.

Wurde ein praktischer Arzt in dem jeweiligen Quartal noch nicht in Anspruch genommen, wird der Facharzt, der bei Behandlungsbeginn den Behandlungsschein erhielt, die Überweisung an den zweiten Facharzt veranlassen.

Die gleichzeitige Inanspruchnahme von zwei Ärzten der gleichen Fachgruppe (z. B. zwei praktische Ärzte oder zwei Augenärzte) ist unzulässig.

Bei Erkrankung am Urlaubsort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland muß – wenn im maßgeblichen Kalendervierteljahr der Behandlungsschein schon einem Arzt am Wohnort übergeben wurde – eine Überweisung von diesem Arzt und nicht von der knappschaftlichen Dienststelle angefordert werden.

Im umgekehrten Falle ist der auswärtige Arzt, den Sie mit einem von Ihnen ausgefertigten Behandlungsschein in Anspruch genommen haben, zu bitten, Sie zwecks Durchführung weiterer Behandlung am Wohnort im laufenden Quartal an den jeweiligen Arzt zu überweisen.

Für die Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung in den Vertragsstaaten (Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Türkei) werden die erforderlichen Antragsausweise mit erläuternden Hinweisen über die Inanspruchnahme der Krankenkasse am Aufenthaltsort auf Antrag von den örtlichen Verwaltungs- oder Geschäftsstellen der Bundesknappschaft ausgestellt.

Die weiteren vier Behandlungsscheine sind eingefügt worden, um Ihnen die direkte Inanspruchnahme eines Facharztes zu ermöglichen, wenn der erste Behandlungsschein für das entsprechende Kalendervierteljahr einem praktischen Arzt übergeben wurde und die Behandlung durch diesen bereits abgeschlossen ist. Zeit und Wege werden Ihnen dadurch erspart.

Im Terminkalender notiert

Betriebsferien 1973

Zwischen dem Vorstand der Gewerkschaft Sophia-Jacoba und dem Betriebsrat wurde folgende Betriebsvereinbarung geschlossen:

Für die Mitarbeiter unserer Betriebe und Dienststellen werden für den 27. 12. 1973 und 28. 12. 1973 Betriebsferien vereinbart unter Einbeziehung der Feier-, Sonn- und Ruhetage sowie Anrechnung von zwei (2) Tagen Tarifurlaub des Jahres 1973 für die vorgenannten Tage. Damit entsteht eine zu-

sammenhängende Betriebsruhe von Samstag, den 22. 12. 1973 bis einschließlich Dienstag, den 1. 1. 1974.

Von dieser Regelung sind diejenigen Mitarbeiter ausgenommen, die aus betrieblichen Gründen während der Betriebsferien im Betrieb benötigt werden. Dieser Personenkreis wird im Einvernehmen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat festgelegt.

Damit hat jedes Belegschaftsmitglied 2 Urlaubstage von dem Jahresurlaub 1973 aufzusparen.

Ferientermine 1973

	Ostern	Pfingsten	Sommer	Herbst	Weihnachten
Baden-Württemberg	14. 4. – 30. 4.	9. 6. – 13. 6.	19. 7. – 3. 9.	–	24. 12. – 12. 1.
Bayern	16. 4. – 30. 4.	12. 6. – 23. 6.	26. 7. – 12. 9.	–	22. 12. – 7. 1.
Berlin	2. 4. – 24. 4.	8. 6. – 12. 6.	12. 7. – 25. 8.	29. 10. – 3. 11.	24. 12. – 5. 1.
Bremen	4. 4. – 24. 4.	12. 6.	12. 7. – 25. 8.	22. 10. – 27. 10.	24. 12. – 9. 1.
Hamburg	19. 3. – 7. 4.	12. 6.	9. 7. – 18. 8.	15. 10. – 27. 10.	24. 12. – 2. 1.
Hessen	11. 4. – 2. 5.	9. 6. – 12. 6.	5. 7. – 18. 8.	–	22. 12. – 10. 1.
Niedersachsen	2. 4. – 24. 4.	9. 6. – 12. 6.	12. 7. – 22. 8.	8. 10. – 20. 10.	22. 12. – 7. 1.
Nordrhein-Westfalen	2. 4. – 24. 4.	–	15. 6. – 28. 7.	5. 10. – 13. 10.	24. 12. – 9. 1.
Rheinland-Pfalz	7. 4. – 28. 4.	9. 6. – 12. 6.	28. 6. – 8. 8.	15. 10. – 20. 10.	22. 12. – 5. 1.
Saarland	9. 4. – 28. 4.	–	28. 6. – 11. 8.	15. 10. – 20. 10.	24. 12. – 5. 1.
Schleswig-Holstein*)	13. 4. – 2. 5.	9. 6. – 13. 6.	5. 7. – 18. 8.	13. 10. – 20. 10.	22. 12. – 7. 1.

*) Die Ferien für die Nordseeinseln werden gesondert festgesetzt.

Ein Urlaub auf Mallorca

Für Liebhaber des „sonnigen Südens“, insbesondere der Insel Mallorca, haben wir auch in diesem Jahr einige Urlaubsangebote. Wir bitten die Interessenten, sich umgehend beim Betriebsrat zu melden, da vor allem in der Hauptsaison die Plätze schnell ausgebucht sind.

Urlaubsort Cala Ratjada

	Vor-Nachaison DM	Hauptsaison 19. 6.–23. 7. 4. 9.–1. 10. DM
Pension ALCINA		
Zimmer mit fl. Wasser	427,00	495,00
Verlängerungswoche	112,00	145,00
Zuschlag Einzelzimmer, 2 Wochen	48,50	48,50
dto. Verlängerungswoche	24,00	24,00
Kinder von 2 bis 5 Jahren	340,00	395,00
Kinder von 6 bis 12 Jahren	383,00	444,00
Zimmer mit Dusche, WC	475,00	543,00
Verlängerungswoche	136,00	170,00
Zuschlag Einzelzimmer, 2 Wochen	48,50	48,50
dto. Verlängerungswoche	24,00	24,00
Kinder von 2 bis 5 Jahren	379,00	433,00
Kinder von 6 bis 12 Jahren	426,00	487,00

Hotel SERRANO

Zimmer mit Bad, Balkon	602,00	709,00
Verlängerungswoche	204,00	257,00
Zuschlag Einzelzimmer, 2 Wochen	68,00	68,00
dto. Verlängerungswoche	34,00	34,00
Kinder von 2 bis 5 Jahren	480,00	566,00
Kinder von 6 bis 12 Jahren	540,00	636,00

Der Pauschalpreis gilt für Urlauber ab **12 Jahre**. Flugplatz Köln oder Düsseldorf.

Erster Hinflug 3. 4., letzter Hinflug 16. 10. 1973, **Flugtag dienstags**.

Für die Abflüge am 3. 4. und 10. 4. 1973 wird pro Person ein Zuschlag von DM 29,00 erhoben.

Hotel SAMOS in Magaluf

– beheizter Swimmingpool –	Vorsaison/ Nachaison DM	Hauptsaison 13. 5.–30. 9. DM
Zimmer mit Bad, Balkon	655,50	697,00
Verlängerungswoche	179,50	200,50
Zuschlag Einzelzimmer, 2 Wochen	87,00	87,00
dto. Verlängerungswoche	33,00	33,00

Hotel MALLORCA in Arenal

		Hauptsaison 1. 4.–30. 6. Oktober
Zimmer mit Dusche, Balkon	488,50	537,10
Verlängerungswoche	103,00	127,30

Der Pauschalpreis gilt bei beiden Häusern für Urlauber ab **8 Jahre**. Flugplatz nur Düsseldorf.

Für Kinder unter 8 Jahren besondere Ermäßigung.

Flugtag jeden Samstag ab 31. 3. 1973 bis Anfang Oktober.

Kinderermäßigung wird nur bei Unterbringung im Elternschlafzimmer gewährt. Im Pauschalpreis sind enthalten:

Flug einschl. Vollpension, Flughafengebühr in Deutschland und Spanien, Transfer Palma, Reiseausfallkostenversicherung, Reisegepäckversicherung. (Bei SAMOS und MALLORCA zusätzl. Krankenversicherung.)

Evtl. Preisänderungen vorbehalten!

Herzliche Glückwünsche

zur goldenen Hochzeit

Eheleute Lindholm

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten am 3. November 1972 die Eheleute Fritz und Auguste Lindholm in Hückelhoven, Ratheim, Garsbeck Nr. 39. Fritz Lindholm ist in der Provinz Posen geboren. Er erlernte in seiner Heimat das Seilerhandwerk. Nach Ende des Ersten Weltkrieges, an dem er noch als Soldat teilnahm, kam er ins Ruhrgebiet, wo er verschiedene Berufe ausübte. Im Juni 1930 wurde er als Gedingschlepper im Untertagebetrieb unseres Unternehmens eingestellt. 1933 wechselte er wieder ins Ruhrrevier und kehrte erst 1946, nach Ende des Zweiten Weltkrieges, zur Gewerkschaft Sophia-Jacoba zurück. Er war bis zu seiner Invalidisierung im März 1959 als Gedingschlepper und Lehrhauer in unserem Untertagebetrieb tätig.



Eheleute Schwieger

Am 6. November 1972 feierten die Eheleute Karl und Magdalena Schwieger in Hückelhoven, Hilfarth, Brückstraße 38, das Fest der goldenen Hochzeit. Der Berufsweg von Karl Schwieger begann als Hilfskraft in der Landwirtschaft seines Geburtsortes Hilfarth. Von März 1919 bis Januar 1922 war er als Schlepper und Lehrhauer in unserem Untertagebetrieb tätig. Er wechselte dann zu einem anderen Unternehmen

unseres Raumes und kehrte 1926 zu uns als Lehrhauer zurück. Er war 12 Jahre von 1932 an als Hauer und später dann bis zu seiner Pensionierung im Januar 1958 als Bauarbeiter bei uns beschäftigt.

Zwei seiner Brüder waren lange Jahre in unserem Untertagebetrieb tätig. Auch sein Sohn ist zur Zeit als Ausbilder in unserer Berglehrwerkstatt eingesetzt.



Eheleute Frentzen

Die Eheleute Theo und Christine Frentzen feierten am 7. November 1972 in Hückelhoven, Kleingladbach, Stephanusstraße 8, das Fest der goldenen Hochzeit. In Rheydt geboren, absolvierte Theo Frentzen von 1915 bis 1919 eine Lehre als Schlosser und Dreher bei einer Firma in seiner Geburtsstadt. Seinen ersten Kontakt zum Steinkohlenbergbau bekam er im Jahre 1920 mit der Anlegung als Schlosser auf einer Zeche am linken Niederrhein. Von Januar 1923 bis zu seiner Invalidisierung war Theo Frentzen in unserem Unternehmen, zuletzt als Oberheizer, tätig. Besondere Verdienste um die Gewerkschaft Sophia-Jacoba erwarb er sich als Mitglied der Notbelegschaft zum Ende des Zweiten Weltkrieges.



Eheleute Tischtau

Am 6. Dezember 1972 feierten die Eheleute Erich und Erna Tischtau in Wassenberg, Feierabendstraße 13, das Fest der goldenen Hochzeit. Nach seiner Schulentlassung arbeitete Erich Tischtau zunächst in der elterlichen Landwirtschaft in Ostpreußen. Im November 1920 kam er ins Ruhrgebiet und erlernte den Beruf des Bergmanns auf einer Zeche im Essener Raum. Im März 1927 kam er zu unserer Gewerkschaft Sophia-Jacoba und arbeitete bis 1945 als Hauer und Zimmerhauer in unserem Untertagebetrieb. Bis zu seiner Invalidisierung im Jahre 1956 war er als Lampenarbeiter bei uns tätig. Erich Tischtau gehörte in den kritischen Wochen bei Ende des Zweiten Weltkrieges unserer Notbelegschaft an.



Eheleute Peters

In Hückelhoven, Ratheim, Feldstraße 49, feierten am 11. November 1972 die Eheleute Johann und Maria Peters das Fest der goldenen Hochzeit. Johann Peters ist in Rheydt geboren. Nach seiner Schulentlassung nahm er zunächst Arbeit in der Landwirtschaft auf. Von 1914 bis 1917 diente er als Soldat im Ersten Weltkrieg. Zu unserer Gewerkschaft Sophia-Jacoba kam er im Dezember 1919. Er war bis zum September 1950 als Schachtanschläger und später bis zu seiner Invalidisierung im Dezember 1955 als Schachtabnehmer bei uns tätig. Seine beiden Schwiegersöhne sind heute Belegschaftsmitglieder unseres Unternehmens.



Eheleute Kiwitt

Das Fest der goldenen Hochzeit feierte am 23. Dezember 1972 das Ehepaar Johann und Anna Kiwitt in Hückelhoven, Ratheim, Ackerstraße 19. Der im Ruhrgebiet geborene Johann Kiwitt begann seinen beruflichen Werdegang nach seiner Schulentlassung auf einer Schachtanlage im Raume Duisburg. Er erlernte den Beruf des Bergmanns und war als Lehrhauer bis 1925 bei der Zeche Lohberg tätig. Im November 1925 wurde er als Hauer bei unserer Gewerkschaft Sophia-Jacoba angelegt. Mit einer Unterbrechung von einem Jahr war er dann bis zu seiner Invalidisierung im Juni 1956 als Hauer, Zimmerhauer und Verloader bei uns beschäftigt.

Die Belegschaftsabteilung weist darauf hin

Im Zuge der kommunalen Neuordnung in unserem Raum sind in den einzelnen Stadt- und Gemeindeteilen eine Reihe von Straßen neu benannt bzw. mit neuen Hausnummern versehen worden. Die Belegschaftsabteilung bittet

alle von einer solchen Maßnahme betroffenen Mitarbeiter, die neue Anschrift der Belegschaftsabteilung oder Arbeitszeiterfassung mitzuteilen.

Familiennachrichten

Eheschließungen

- Akgün, Sinasi, mit Hatice Akgün, am 13. 9. 1972
Can, Nurettin, mit Nermin Cinar, am 15. 9. 1972
Sevim, Mehmet, mit Yasar Kaynar, am 5. 10. 1972
Wohlgemut, Berthold, mit Maria Jansen,
am 12. 10. 1972
Nierfeld, Jutta, mit Jürgen Seemann, am 24. 11. 1972
Spiertz, Heinrich, mit Anneliese Prauser,
am 24. 11. 1972
Kozak, Gustav, mit Angelika Monka, am 29. 11. 1972
Schwieren, Georg, mit Christa Lenzen, am 15. 12. 1972
Scheibel, Peter, mit Angelika Görtz, am 21. 12. 1972
Westemeyer, Ehrenfried, mit Maria Aretz,
am 29. 12. 1972

Geburten

- | | |
|-----------|---|
| Setai | Berber, Ismail, im 10. 9. 1972 |
| Bilginer | Kizucu, Mehmet, am 21. 9. 1972 |
| Arzu | Metin, Ali, am 29. 9. 1972 |
| Zekiye | Cömlek, Zeki, am 13. 10. 1972 |
| Hamim | Catal, Mehmet, am 15. 10. 1972 |
| Tarhan | Cirak, Süleyman, am 17. 10. 1972 |
| Andreas | Korzen, Eckehard, am 18. 10. 1972 |
| Nicole | Wilhelm, Heinz, am 20. 10. 1972 |
| Yüksel | Kartal, Hüseyin, am 24. 10. 1972 |
| Eva | Pelzer, Günter, am 27. 10. 1972 |
| Nicole | Rother, Joachim, am 30. 10. 1972 |
| Yekda | Kayhan, Erdal, am 1. 11. 1972 |
| Kadir | Karali, Ismail, am 4. 11. 1972 |
| Ramazan | Hatin, Gazi, am 6. 11. 1972 |
| Siegfried | Berens, Herbert, am 6. 11. 1972 |
| Mesut | Gücük, Necati, am 10. 11. 1972 |
| Rükiye | Aktas, Ilham, am 14. 11. 1972 |
| Jörg | Esser, Erbert, am 20. 11. 1972 |
| Eva | Frantzen, Eduard, am 20. 11. 1972 |
| Nicolas | Schorn, Heinz-Wilhelm,
am 21. 11. 1972 |
| Safak | Binici, Kemal, am 21. 11. 1972 |
| Stefanie | Holten, Franz, am 23. 11. 1972 |
| Sonja | Giese, Bernhard, am 26. 11. 1972 |
| Hülya | Toplu, Fevzi, am 30. 11. 1972 |
| Thomas | Heinrichs, Peter, am 2. 12. 1972 |

- | | |
|---------|-----------------------------------|
| Nuran | Cömlek, Hüseyin, am 2. 12. 1972 |
| Ardan | Öztürk, Ünal, am 5. 12. 1972 |
| Özay | Durcan, Ahmet, am 9. 12. 1972 |
| Ummohan | Gökdemir, Ali, am 12. 12. 1972 |
| Michael | Hennig, Paul, am 13. 12. 1972 |
| Sandra | Pollmann, Helmut, am 26. 12. 1972 |
| Guido | Schröder, Ursula, am 2. 1. 1973 |

Sterbefälle

- Berginvalide Johann Hunf, am 26. 10. 1972
Berginvalide Karl Sprick, am 29. 10. 1972
Berginvalide Anton Küster, am 1. 11. 1972
Kind Necdet von Kale Necati, am 2. 11. 1972
Berginvalide Hermann Simon, am 2. 11. 1972
Ehefrau Sophia von Helmut Gerspacher,
am 13. 11. 1972
Berginvalide Wilhelm Beckers, am 13. 11. 1972
Berginvalide Albert Conrad, am 18. 11. 1972
Berginvalide Peter Cüppers, am 26. 11. 1972
Berginvalide Jakob Schlebusch, am 28. 11. 1972
Berginvalide Karl Link, am 30. 11. 1972
Berginvalide Heinrich Dohmen, am 30. 11. 1972
Berginvalide Wilhelm Sauer, am 14. 12. 1972
Berginvalide August Bischevski, am 23. 12. 1972
Fördermaschinist i. R. Johann Thönnissen,
am 25. 12. 1972
Berginvalide Wilhelm Schulte-Braucks, am 31. 12. 1972
Berginvalide Wilhelm Schulz, am 6. 1. 1973
Berginvalide Arnold Klinkenberg, am 6. 1. 1973
Berginvalide Erwin Salzmänn, am 8. 1. 1973

Nachruf

Wir trauern um die Arbeitskameraden
Herrn Rudi Ehrke, am 20. 12. 1972 verstorben,
Herrn Harry Schäfer, am 25. 12. 1972 verstorben.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken be-
wahren!

Gewerkschaft Sophia-Jacoba

Blick über den Gartenzaun

Der richtige Anbauplan

Um die wenigen Quadratmeter Gemüseland voll auszunutzen, ist der Anbauplan von Kopfsalat bis Wurzelpetersilie auf Mischkulturen eingestellt. Die ersten Radieschen, frühe Rettiche, Spinat, Gartenkresse und erster Salat räumen das Feld, bevor die Pflanzzeit der Hauptkulturen beginnt. Ein kluger Kopf wird nie zuviel auf einmal säen, dafür in regelmäßigen Abständen immer genau so viel, daß es reicht, bis die nächste Folge erscheint. Gleich von Anfang an wird gemischt. Eine Reihe Radies verträgt sich ausgezeichnet mit vorgekeimten Dicken Bohnen. Die nächste wird zwischen die frühen Möhren gestreut, sie ist gezogen, ehe die Möhren den Platz brauchen. Frühlisalat steht gut zwischen angekeimten Frühkartoffeln, nach denen Grünkohl folgt. Spinat eignet sich als Vorfrucht zu Busch- und Stangenbohnen, aber auch Sellerie steht gern nach Spinat. Das Beet mit Dicken Bohnen wird anschließend sofort wieder mit Porree bepflanzt. Auch nach den frühen Busch- oder Reisererbsen kann noch eine volle zweite Tracht geplant werden, etwa Rosenkohl, später Weiß-, Rot-, Blumenkohl oder später Wirsing. Wo im Mai Gurken und Tomaten wachsen sollen, geht Gartenkresse oder Rübsteiel vorauf. Steckzwiebeln einigen sich mit spätem Spinat, Endivien und Feldsalat als Nachfrucht. Bei allen diesen Überlegungen sollte man den vorjährigen Anbauplan zugrunde legen, damit nicht dieselbe Gemüseart zweimal hintereinander auf dasselbe Beet kommt. Das wirkt sich besonders nachteilig bei den Kohlarten aus, aber auch die Wurzelgemüse müssen umgestellt werden.

Organische Düngemittel gefragt

Langsam dämmert es, wie grundsätzlich Rudolf Steiner recht hatte, als er schon 1924 im Landwirtschaftlichen Kurs von Koberwitz forderte, die zerstörten Naturzusammenhänge wieder herzustellen. Nach seiner Lehre erzeugen heute zahlreiche Bauern und Gärtner chemikalienfreie Nahrungsmittel und verkaufen diese mit einem hübschen Gewinn bei lebhafter Nachfrage. Sie sparen nicht nur den Aufwand für Düngung und Pflanzenschutz, sondern brauchen deshalb noch nicht einmal zwangsläufig mit geringeren Erträgen zu rechnen. Kein Wunder, daß sich auch die Gartenbesitzer wieder mehr für organische Düngemittel interessieren. Vor allem organisch-mineralische Horndünger mit Kernnährstoffen und Langzeitwirkung sind gefragt. Was bieten nun einer der bekannten Handelsdünger wie Hornoska spezial? Der Hersteller gibt an: 8% Stickstoff, 7% Phosphorsäure, 10% Kali, 1,5% Magnesium und 40–50% organische Substanz sowie Spurenelemente. Diese Zahlen sind eher bescheiden angesetzt; denn Dr. Penningsfeld fand bei seinen Versuchen in Weihenstephan 8,4% Stickstoff, 8,6% Phosphorsäure und 9,8% Kali. Er prüfte die Wirkung in Topfversuchen bei Zierspargel und Primeln mit dem Ergebnis, daß trotz nährstoffreicher Vergleichserde ohne Düngung mehr als die doppelte Pflanzensubstanz erzielt wurde, die Zahl der offenen Primelblüten stieg gar auf das Vierfache! Die besten Erfolge bringen Horndünger bei salzempfindlichen und langsam wachsenden Kulturen auf leichteren Böden. Nur wo die Böden zu naß oder sauer sind, verzögert sich der biologische Abbau der humusbildenden Substanz. Doch das dürfte im Garten eine seltene, vermeidbare Ausnahme sein. Die empfohlene Aufwandmenge liegt je nach Kultur zwischen 8 kg auf 100 qm für kurzlebige Einjahresblumen und 10 bis 15 kg auf den Gemüsebeeten. Im übrigen ist den Plastiksäcken eine Gebrauchsanweisung aufgedruckt.

Der Hausbaum

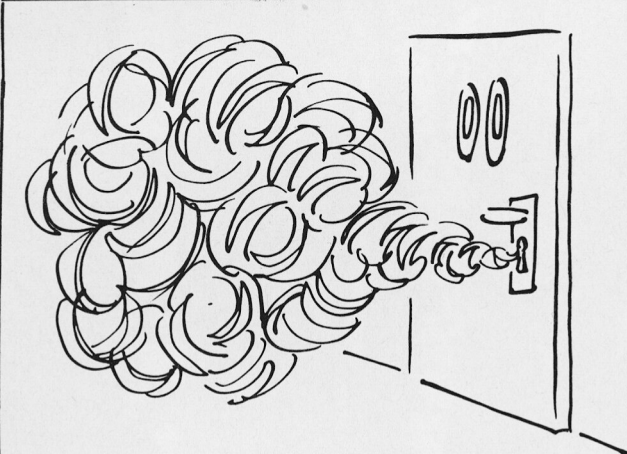
Ein kleiner Garten und ein hoher Baum, das ist kein Widerspruch, sie können gut harmonieren. Der Hausbaum gibt dem ganzen u. U. erst Gesicht und Gewicht. Darauf möchte natürlich niemand gern warten, bis die Enkel eingezogen sind. Es wird also ein Baum gesucht, der rasch hoch aufschießt wie die Douglasfichte, die in der großartigen Weite des nordamerikanischen Kontinents bis hundert Meter hohe Wolkenkratzer aufbaut. Hierzulande bleibt auch die Pseudotsuga menziesii im Dorf, äußerstenfalls voll ausgewachsen mit vierzig Metern. Dabei zeichnet sie sich durch malerisch schönen Wuchs aus, ihre Zweige hängen leicht herab. Die Nadeln sind zweizeilig, länger als die der Fichte, dabei seidig weich, oberseits glänzend und grün, von unten matt hellgrün oder hell bereift. Trotz aller Größe stellt der Baum keine besonderen Ansprüche an Boden und Pflege, nur zu naß sollte es im Wurzelbereich nicht werden. Leichter Schatten macht ihm nichts aus, wenn es nicht allzu windig ist. Nach fünfzehn Jahren wird man im kleineren Garten daran denken müssen, den Baum zu roden. Der Stubben läßt sich übrigens sehr schön in eine naturnahe Pflanzung einbauen, so daß also kein großes Loch in dem Gehölzstreifen entsteht. — Etwas niedriger bleibt ein anderer schöner Nadelbaum, die Hemlocktanne *Tsuga canadensis*, die ebenfalls aus Nordamerika gekommen ist. Ihre weit ausladenden Zweige sind so locker angeordnet und dünn mit Nadeltrieben behängt, daß sie auch in unmittelbarer Nähe ganz normaler Ziergärten gepflanzt werden kann und gedeiht. Die Nadeln erscheinen oberseits glänzend dunkelgrün, unterseits matt mit bläulich-weißen Längsstreifen. Auch diese *Tsuga* stellt keine hohen Ansprüche, sofern es nur etwas windgeschützt ist. Wegen ihres überaus dekorativen Wuchses wird sie stets einzeln, höchstens in ganz kleiner Gruppe gepflanzt.

Kalkstickstoff erstickt das Unkraut

Wer es gewohnt ist, Stickstoff für seinen Garten in der Tüte zu kaufen, wird sich vielleicht etwas wundern, daß es in Wirklichkeit ein Gas ist, in dem man ersticken würde. Daher der Name. Kalkstickstoff hat einen Rest dieser Fähigkeit bewahrt, während er sich im Boden umwandelt, auskeimendes Unkraut, Krankheits- und Schädlingskeime zu vernichten. Doch er besitzt weitere Vorteile, vor allem wenn im Obstgarten und zwischen den Ziergehölzen gemulcht, also der Boden mit Stroh, Rasenschnitt oder Torf abgedeckt wird. Bevor man das Mulchmaterial verteilt, streut man drei bis vier Kilogramm des geperlten Spezial-Kalkstickstoffs je hundert Quadratmeter zur besseren Verrottung, Unkrautvernichtung, Humusaufbau, Nährstoff- und Kalkanreicherung. Schließlich lassen sich damit auch die verschiedenen Arten von Erdmäusen vertreiben, die sich in der Bodendecke gern ansiedeln. Stehen die Gehölze im Grasland, braucht man nicht unbedingt die ganzen Baumscheiben offenzuhalten. Es genügt, wenn der engere Umkreis des Stammes frei von Bewuchs ist, damit Licht und Sonne heran können. Er verweichlicht nicht, Kragenfäule tritt deutlich seltener auf, beim Mähen wird die Rinde nicht verletzt. Auch hier legt man einen Ring Kalkstickstoff um die Pflanze, am besten gleich im Frühjahr, sobald das Wachsen beginnt. Dieser Kreis von dreißig bis fünfzig Zentimetern Durchmesser hält auch eine Reihe anderer Stammschädlinge davon ab, die Rinde anzugreifen. Den Gehölzwurzeln macht das nichts aus, da sie weit außerhalb dieses Schutzringes anfangen, aktiv Wasser und Nährstoffe aufzunehmen.



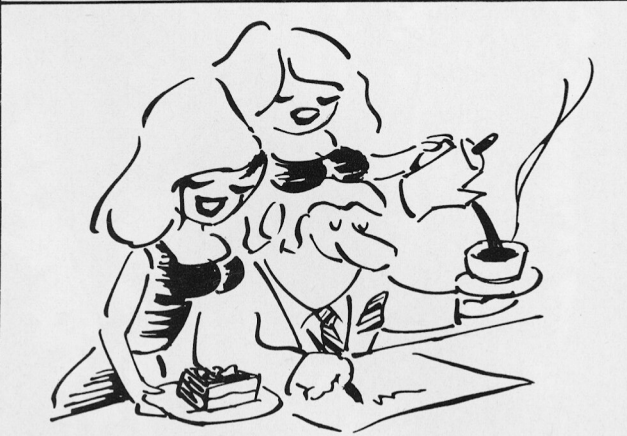
1973 wird sich einiges ändern



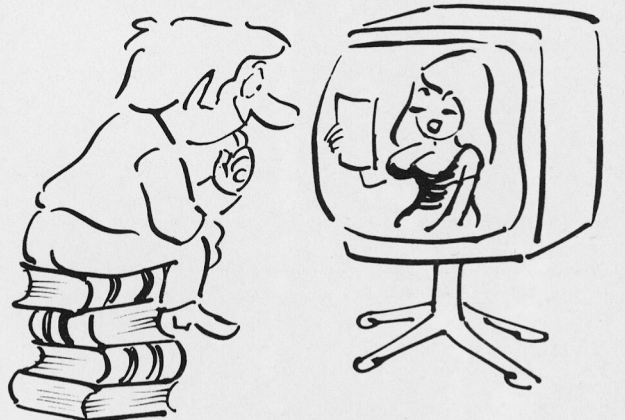
zuerst werde ich das Rauchen einschränken



die Kohlen selber aus dem Keller holen



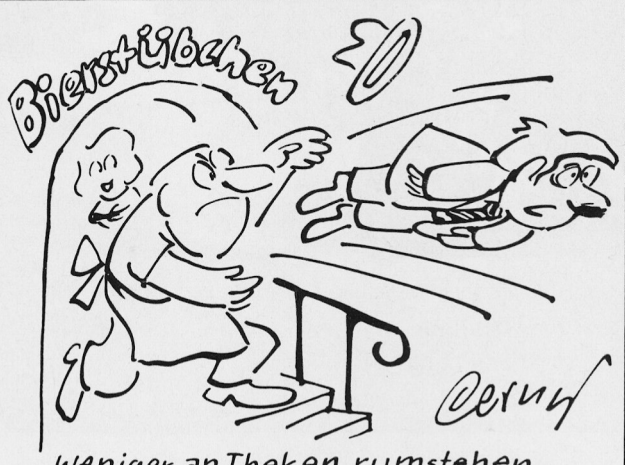
für besseres Betriebsklima sorgen



statt ewig vor der Matscheibe zu hocken lieber mit einem guten Buch sitzen



mich mehr sportlich betätigen



weniger an Theken rumstehen, dafür öfter frische Luft schnappen.

© 1973



Foto: Werner H. Müller